

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG

Düsseldorf, Bundesrepublik Deutschland

Unternehmensbericht

für die Zulassung zum Börsenhandel im geregelten Markt

der

EUR 30.000.000,--

APO-Bank-Genuß-Scheine Tranche XV/03

von 2003/2013

Wertpapier-Kenn-Nummer 804 099

ISIN DE0008040999

**an der
Börse Düsseldorf**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Angaben	Seite 3
Genuß-Scheinbedingungen	Seite 5
Unternehmensbeschreibung	Seite 8
Lagebericht 2002	Seite 12
Bericht des Aufsichtsrats	Seite 55
Jahresabschluss 2002	Seite 57
Bilanz zum 30. Juni 2003	Seite 72
Geschäftsgang und Aussichten	Seite 74

Allgemeine Angaben

Verantwortung

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf (nachstehend auch „Bank“ genannt) übernimmt gem. § 44 BörsG die Verantwortung für den Inhalt dieses Unternehmensberichts und gemäß § 80 BörsO der Börse Düsseldorf in Verbindung mit § 3 Verkaufsprospektverordnung, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Unternehmensbericht richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

Einsichtnahme in Unterlagen

Die in diesem Unternehmensbericht genannten und verwendeten Unterlagen können während der üblichen Geschäftszeiten bei der Bank, Abteilung Treasury/Liquiditätssteuerung, Emanuel-Leutze-Str. 8, 40547 Düsseldorf (ab März 2004: Richard-Oskar-Mattern-Str. 6) eingesehen werden.

Begebung

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, hat auf der Sitzung ihres Vorstandes vom 21.02.2003 die Begebung der EUR 30.000.000 APO-Bank-Genuß-Scheine Tranche XV/03 von 2003/2013 beschlossen. Die Platzierung erfolgt im freien Verkauf ausschließlich an Privatkunden zum Kurs von 100,00 %

Lieferung der Genuß-Scheine

Die Genuß-Scheine sind für ihre gesamte Laufzeit in einem Global-Inhaber-Genuß-Schein verbrieft, der bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt, hinterlegt ist. Alle Rechte an dieser Globalurkunde können im Rahmen des Effektengiroverkehrs in durch EUR 100,-- teilbaren Beträge übertragen werden. Die Ausgabe von Einzelkunden ist ausgeschlossen.

Verkaufsbeschränkungen

Die Bank wird alle anwendbaren Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen in jedem Rechtsgebiet beachten, in dem sie die Genuß-Scheine anbietet oder verkauft, und wird die Genuß-Scheine, direkt oder indirekt, in einem Land oder einem Rechtsgebiet unter Beachtung aller anwendbaren Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen anbieten oder verkaufen.

Die Genuß-Scheine sind und werden nicht unter dem U.S. Securities Act von 1933 registriert. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen dürfen die Genuß-Scheine in den Vereinigten Staaten von Amerika oder an deren Staatsangehörige weder angeboten noch verkauft werden.

Die Bank verpflichtet sich zur Einhaltung aller anwendbaren Bestimmungen des Financial Services Act von 1986 des United Kingdom in bezug auf Handlungen, die sie in oder aus dem United Kingdom oder in sonstiger Weise in Zusammenhang mit den Genuß-Scheinen vornimmt.

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Ausschüttung erfolgt unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer und ohne Körperschaftsteuergutschrift. Des Weiteren ist vom Käufer eine Versteuerung gemäß aktueller Steuergesetzgebung vorzunehmen.

Börseneinführung

Die Genuß-Scheine sind durch Beschluss der Zulassungsstelle der Börse Düsseldorf vom 10.03.2004 zum Börsenhandel im geregelten Markt an der Börse Düsseldorf zugelassen worden. Die Notierungsaufnahme erfolgt am 16.03.2004.

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Emittentin, die die Genußscheine betreffen, erfolgen durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger und in einem Börsenpflichtblatt der Börse Düsseldorf.

Verwendung des Emissionserlöses

Der Netto-Emissionserlös in Höhe von 30 Mio. EUR dient der Bank zur Finanzierung ihrer geschäftlichen Aktivitäten.

Währung

Soweit nicht anderweitig angegeben ist oder es der Zusammenhang anderweitig erfordert, sind alle Bezugnahmen auf „EURO“ und „EUR“ solche auf die gesetzliche Währung der Bundesrepublik Deutschland.

Wertpapier-Kenn-Nummer

804 099

ISIN

DE0008040999

Ausgabekurs

100,00 %

APO-Bank Genußschein
Tranche XV/2003
_ 30.000.000,--
Wertpapier-Kenn-Nummer 804 099

§ 1

Form und Nennbetrag

(1) Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (nachstehend „Bank“ genannt), begibt Genußscheine (Tranche XV/2003) im Gesamtnennbetrag von _ 30.000.000,-- (nachstehend „Genußscheine“ genannt).

(2) Die Genußscheine lauten auf den Inhaber. Der Gesamtnennbetrag ist eingeteilt in 300.000 untereinander gleichberechtigte Genußscheine im Nennbetrag von jeweils _ 100,--.

(3) Die Genußscheine sind in einem Global-Inhaber-Genußschein verbrieft, der bei der Clearstream Banking AG, hinterlegt ist. Anteile an diesen Globalurkunden können in durch _ 100,- teilbaren Beträgen übertragen werden. Die Ausgabe von Einzelurkunden ist ausgeschlossen.

§ 2

Ausschüttung

(1) Jeder Genußschein verbrieft den Anspruch auf eine jährliche Ausschüttung von 5,75 % des Nennbetrages der Genußscheine. Die Ausschüttung auf die Genußscheine ist dadurch begrenzt, daß durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Sofern sich durch diese Begrenzung die Ausschüttung vermindert, erfolgt die verminderte Ausschüttung auf diese und früher begebene Genußscheine -unabhängig davon, ob deren Bedingungen eine Nachzahlungspflicht vorsehen oder nicht, und unabhängig davon, ob aufgrund früherer verminderter Ausschüttungen auf Genußscheine fehlende Beträge bestehen - im Verhältnis der jeweiligen Ausschüttungsansprüche zueinander. Dies gilt auch im Verhältnis zu künftig begebenen Genußscheinen, wenn deren Bedingungen eine entsprechende Regelung vorsehen.

(2) Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, so ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen, wobei zunächst die Rückstände, sodann die letztfälligen Ausschüttungsansprüche zu befriedigen sind. Diese Nachzahlungspflicht besteht nur während der Laufzeit der Genußscheine.

(3) Die Genußscheine sind vom 01. Dezember 2003 an ausschüttungsberechtigt, d.h. für das Kalenderjahr 2003 zu 31/365.

(4) Die Ausschüttung für das abgelaufene Geschäftsjahr ist jeweils nachträglich am 1. Juli des folgenden Jahres fällig. Sofern zu diesem Termin die Vertreterversammlung der Bank noch nicht über den Jahresabschluß des abgelaufenen Geschäftsjahres Beschluß gefaßt hat, wird die Ausschüttung am 1. Bankarbeitstag nach solchem Beschluß der Vertreterversammlung fällig.

(5) Die Ausschüttung wird nach den jeweils zum Ausschüttungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgezahlt. Eine Körperschaftsteuergutschrift ist mit der Ausschüttung nicht verbunden. Sollte eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland jedweder Art erlassen, geändert oder anders als bisher angewendet werden mit der Folge, daß dies bei der Bank zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen auf die Genußscheine mit Gewerbeertrag- oder Körperschaftsteuer führt, ist die Bank berechtigt, diese Bedingungen hinsichtlich der Bemessung der Ausschüttungen durch eine einseitige Willenserklärung nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) an die veränderten Umstände anzupassen. Diese Änderung wird gemäß § 11 bekanntgemacht.

§ 3

Rechte aus den Genußscheinen

Aus den Genußscheinen können Gläubigerrechte, jedoch keine Mitgliedsrechte hergeleitet werden, insbesondere kein Teilnahme- und kein Stimmrecht in den Vertreterversammlungen sowie kein Bezugsrecht auf neue Genußscheine. Genußscheine begründen keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös der Bank im Falle ihrer Auflösung.

§ 4

Begebung weiterer Genußscheine

- (1) Die Bank behält sich vor, weitere Genußscheine zu gleichen oder anderen Bedingungen, insbesondere auch mit einer anderen Ausschüttung, auszugeben.
- (2) Die Bank behält sich insbesondere vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Genußscheininhaber weitere Genußscheine mit gleicher Ausstattung zu begeben in der Weise, daß sie mit den Genußscheinen der Tranche XV/2003 zusammengefaßt werden, eine einheitliche Genußschemission mit ihnen bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Genußscheine“ umfaßt im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Genußscheine.
- (3) Die Genußscheininhaber haben keinen Anspruch darauf, daß ihre Ausschüttungsansprüche vorrangig vor den Ausschüttungsansprüchen bedient werden, die auf weitere Genußscheine entfallen. Die Ausschüttung auf schon begebene und weitere Genußscheine darf nicht vorrangig bedient werden.

§ 5

Bestand der Genußscheine

Der Bestand der Genußscheine und der Inhalt der darin verbrieften Rechte wird vorbehaltlich § 7 weder durch Verschmelzung, Rechtsformänderung oder Umwandlung der Bank noch durch eine Veränderung ihres Eigenkapitals berührt.

§ 6

Rückzahlung, Kündigung

- (1) Die Laufzeit der Genußscheine ist auf das Ende des Geschäftsjahres 2013 befristet. Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust gemäß § 7 werden die Genußscheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. § 2 Abs.4 gilt entsprechend. Der zurückzuzahlende Betrag wird vom Ende der Laufzeit der Genußscheine an bis zur Fälligkeit entsprechend der Höhe der Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2013 verzinst; die Zinsen sind zum Rückzahlungstermin der Genußscheine fällig.
- (2) Die Bank kann Genußscheine unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens 24 Monaten jeweils zum Ende des Geschäftsjahres -frühestens zum Ende des Geschäftsjahres 2008- durch Bekanntmachung gemäß § 11 kündigen.
- (3) Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust erhalten die Genußscheininhaber im Falle der Kündigung eine Rückzahlung auf ihre Genußscheine in der Höhe des Buchwertes des ausgegebenen Genußrechtskapitals, jedoch nicht mehr als den Nennbetrag ihrer Genußscheine. Ausschlaggebend für den Buchwert ist die Bilanz am Ende des Geschäftsjahres, zu dem die Kündigung wirksam wird.
- (4) Die gekündigten Genußscheine verbrieften bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte. § 2 Abs. 4 und § 6 Abs.1 Satz 4 gelten sinngemäß.
- (5) Die Genußscheininhaber können ihre Genußscheine nicht kündigen.

§ 7

Verlustteilnahme/Wiedererhöhung der Rückzahlungsansprüche

- (1) Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so vermindert sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genußscheininhabers gegebenenfalls bis zur vollen Höhe. Die Verminderung erfolgt in demselben Verhältnis, in dem das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital (einschließlich Genußschemkapital, jedoch ohne nachrangige Verbindlichkeiten) durch die Tilgung des Bilanzverlustes gemindert wurde.
- (2) Werden nach einer Teilnahme des Genußscheininhabers am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren während der Laufzeit der Genußscheine Jahresüberschüsse nach Ausgleich etwaiger Verlustvorträge erzielt, so sind aus diesen - nach der vorgeschriebenen Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklagen - die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genußscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Verwendung der Jahresüberschüsse vorgenommen wird. Die Wiedererhöhung erfolgt in dem Verhältnis, in dem das gesamte Genußschemkapital im Verhältnis zu den Rücklagen an der Verlustdeckung teilgenommen hat. Reicht der Gewinn zur Wiederauffüllung der Rückzahlungsansprüche dieser, bisher begebenen und künftig zu begebender Genußscheine nicht aus - sofern deren Bedingungen einen entsprechenden Wiederauffüllungsanspruch vorsehen - so wird die Wiederauffüllung des Kapitals dieser Genußscheine anteilig im Verhältnis seines jeweiligen Gesamtnennbetrages zum jeweiligen Gesamtnennbetrag bisher begebener und künftig zu begebender Genußscheine vorgenommen.

§ 8

Nachrangigkeit

Die Forderungen aus den Genußscheinen gehen den Forderungen aller anderen Gläubiger der Bank, die nicht ebenfalls nachrangig sind, im Range nach. Im Falle des Vergleichs, des Konkurses oder der Liquidation der Bank werden die Genußscheine gemäß § 10 Absatz 5 KWG erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger und vorrangig vor den Mitgliedern bedient; die Genußscheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

§ 9

Hinweis gemäß § 10 Absatz (5) Satz 4 des Kreditwesengesetzes

Nachträglich können die Teilnahme am Verlust nicht geändert, der Nachrang der Genußscheine nicht beschränkt sowie die Regelungen über Laufzeit und Kündigungsfrist nicht verändert werden; eine vorzeitige Rückzahlung, gleich aus welchem Grunde sie erfolgt ist, ist der Bank ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist.

§ 10

Zahlungen

Sämtliche Zahlungen aus den Genußscheinen werden von der Bank an die Clearstream Banking Aktiengesellschaft zwecks Weiterleitung an die Genußscheininhaber in derjenigen Währung geleistet, die zur Zeit der Zahlung gesetzliches Zahlungsmittel der Bundesrepublik Deutschland ist.

§ 11

Bekanntmachungen

(1) Bekanntmachungen der Bank, die Genußscheine betreffen, erfolgen im Bundesanzeiger und in je einem Pflichtblatt derjenigen deutschen Börsen, an denen die Genußscheine zum Börsenhandel im Geregelten Markt zugelassen sind.

(2) Zur rechtlichen Wirksamkeit genügt die ordnungs- und fristgemäße Veröffentlichung im Bundesanzeiger. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Genußscheininhaber bedarf es nicht.

§ 12

Anwendbares Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

(1) Diese Genußscheinbedingungen sowie alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Erfüllungsort ist Düsseldorf.

(3) Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus den in diesen Genußscheinbedingungen geregelten Angelegenheiten ist Düsseldorf für Vollkaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts, öffentlich-rechtliche Sondervermögen und Personen ohne allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland.

§ 13

Teilnichtigkeit

Sollten Bestimmungen dieser Genußscheinbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen gilt eine solche Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen in rechtlich zulässiger Weise am nächsten kommt.

Düsseldorf, im Oktober 2003

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG

Gründung und Sitz der Bank

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG wurde am 16. Juli 1948 in Düsseldorf unter der Firmierung „Westdeutsche Apothekerbank eGmbH“ gegründet. Bereits im Gründungsjahr wurde die Geschäftstätigkeit auf die Angehörigen sämtlicher akademischer Heilberufe und deren Standeseinrichtungen ausgedehnt. Die Firma wurde am 14. Februar 1957 in „Deutsche Apotheker- und Ärztebank eGmbH“ und aufgrund der Änderung des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Januar 1974 in Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG“ geändert.

Sitz der Bank ist Düsseldorf. Sie ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer GnR 410 eingetragen. In Berlin besteht eine eingetragene Zweigniederlassung der Bank. Außerdem werden 47 Geschäftsstellen in der Bundesrepublik Deutschland unterhalten.

Zweck und Gegenstand der Bank

Zweck der Bank ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder und insbesondere der Heilberufsangehörigen, ihrer Organisationen und Einrichtungen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung aller banküblichen und ergänzenden Geschäfte. Der Geschäftsbetrieb kann auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden. Die Bank betreibt das Universalbankgeschäft, insbesondere die Hereinnahme von Einlagen, Gewährung von Krediten, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Ausführung von Wertpapier- und Außenhandelsgeschäften, Vermittlung von Versicherungen sowie Übernahme von Beteiligungen. Die Geschäftstätigkeit ist nicht ausschließlich auf Mitglieder und Heilberufsangehörige beschränkt.

Kapitalverhältnisse

Das haftende Eigenkapital der Bank betrug zum 30. September 2003 € 2.139 Mio. Es setzt sich wie folgt zusammen

	<u>30.09.2003</u>
	- in T € -
Geschäftsguthaben	626
Offene Rücklagen	439
Stille Beteiligung	150
Sonderposten für allg. Bankrisiken § 340 g HGB	42
Genußrechtskapital	300
Nachrangige Darlehen	229
Neubewertungsreserven Wertpapiere	9
Haftsummenzuschlag	266
Vorsorgereserve nach § 340 f HGB	87
Abzugsposten nach §10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG (Beteiligung über 10 %)	./.
Sonstige Abzugsposten	-
Haftendes Eigenkapital	<hr/> 2.139

Der Geschäftsanteil beträgt EUR 1.500,--; ein Mitglied kann sich mit mehreren Geschäftsanteilen beteiligen.

Organe der Bank

Organe der Bank sind:

- Die Vertreterversammlung
- der Vorstand
- der Aufsichtsrat
- der Beirat

Oberstes Organ ist die **Vertreterversammlung**, die am Sitz der Gesellschaft stattfindet. Die Rechte der Mitglieder in den Angelegenheiten der Bank werden von den Vertretern der Mitglieder in der Vertreterversammlung ausgeübt. Die Vertreterversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und in der Satzung bezeichneten Angelegenheiten, u.a. über Jahresabschluß, Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlustes, Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, Erhöhung oder Herabsetzung des Geschäftsanteiles oder der Haftsumme.

Der **Vorstand** führt die Geschäfte, er besteht gegenwärtig aus den Herren

Werner Wimmer, Düsseldorf, Sprecher
Gerhard K. Girner, Düsseldorf
Jürgen Helf, Düsseldorf
Günther Herion, Düsseldorf
Günter Preuß, Düsseldorf
Werner Albert Schuster, Düsseldorf

Der **Aufsichtsrat** hat die Geschäftsführung des Vorstandes der Bank zu überwachen. Der Aufsichtsrat besteht aus höchstens 20 Mitgliedern. Je die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Vertreterversammlung und die Mitarbeiter gewählt.

Aus dem Kreis der Mitglieder des Aufsichtsrates sind ein Kreditausschuß, ein Wirtschafts- und Finanzausschuß und ein Personalausschuß gebildet.

Dem Aufsichtsrat gehören gegenwärtig an:

Dr. med. dent. Wilhelm Osing, Düsseldorf, -Vorsitzender-
Norbert Hinke*, Düsseldorf, -stellv. Vorsitzender-
Ralf Baumann*, Langenfeld
Berthold Bisping*, Neuss
Dr. med. dent. Dieter Dahmann, Neuss
Dr. med. dent. Wolfgang Eßer, Mönchengladbach
Apotheker Hans-Günter Friese, Fröndenberg
Wolfgang Häck*, Neuss
Thomas Höll*, Jüchen
Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, Düren
Uschi Jaeckel*, Mülheim/Ruhr
Britta Jansen*, Hamburg
Apotheker Hermann Stefan Keller, Mainz

Dr. med. Ulrich Oesingmann, Dortmund
Apotheker Gerhard Reichert, Hengersberg
Dr. med. Manfred Richter-Reichhelm, Berlin
Christian Scherer*, Mutterstadt
Michael Sell*, Duisburg
Roland Wark*, Numborn
Dr. med. Wolfgang Wesiack, Hamburg

* von den Arbeitnehmern gewählt

Auf Initiative des Vorstandes besteht seit 1975 zur geschäftlichen Beratung und Information der Heilberufskörperschaften ein **Beirat**.

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Jahresüberschuß und Gewinnverwendung

Von dem bei Abschluß des Geschäftsjahres nach Deckung der Betriebskosten und Vornahme der erforderlichen Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen sich ergebenden Betriebsüberschuß wird ein Teilbetrag von mindestens 10 % des Reingewinns den gesetzlichen Rücklagen - solange die Rücklage 10 % der Bilanzsumme nicht erreicht - zugewiesen. Ferner werden andere Rücklagen gebildet, denen alljährlich mindestens 10 % des Reingewinns zuzuweisen sind.

Nach Saldierung der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge verblieb 2002 ein Jahresüberschuß von € 58.510.247,08. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr (€ 12.627,52) ergab sich ein Reingewinn von € 58.522.874,60 der wie folgt verwandt wurde:

1. Ausschüttung von 6 % Dividende	25.010.765,33
2. Gesetzliche Rücklagen.....	16.750.000,00
3. Andere Rücklagen.....	16.750.000,00
4. Vortrag auf neue Rechnung.....	12.109,27
	<u>58.522.874,60</u>

Abschlußprüfer

Abschlußprüfer der Bank ist der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband e.V., Mecklenbecker Strasse 235-239, 48163 Münster. Der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband e.V. hat die Abschlüsse für die Geschäftsjahre 1997 und 1998 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Für die Folgejahre hat der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband e.V. in seiner Funktion als gesetzlicher Abschlussprüfer die Prüfung an PWC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfung, Moskauer Strasse 19, 40277 Düsseldorf übertragen. Die Jahresabschlüsse 1999, 2000, 2001 und 2002 sind von PWC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfung geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Rechtsstreitigkeiten

Die Bank ist in keine Rechtsstreitigkeiten oder Schiedsgerichtsverfahren, die einen erheblichen Einfluß auf ihre wirtschaftliche Lage haben können oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben, verwickelt, noch sind nach ihrer Kenntnis solche Verfahren anhängig oder angedroht.

Geschäftsentwicklung

Die folgende Übersicht zeigt die geschäftliche Entwicklung der Bank seit 1998:

	Geschäftsjahre zum 31. Dezember				
	<u>30.09.2003</u>	<u>2002</u>	<u>2001</u>	<u>2000</u>	<u>1999</u>
	----- in TEUR-----			----- in TDM-----	
Geschäftsguthaben.....	626.000	496.000	381.000	698.000	614.000
Offene Rücklagen.....	439.000	405.000	375.000	673.000	613.000
Jahresüberschuß.....	-	58.523	56.751	100.000	95.000
Bilanzsumme.....	24.578.000	22.898.000	20.750.000	35.759.000	34.038.000
Gesamtkreditvolumen.....	16.272.000	15.311.000	13.514.000	24.097.000	22.452.000
Gesamteinlagen Kunden.	16.760.000	15.988.000	14.539.000	24.946.000	24.517.000

Mitarbeiter

Die Zahl der in 2002 durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter betrug 1.879 (Vorjahr 1.803).



Geschäftsentwicklung im Überblick

100 Jahre

APO-Bank

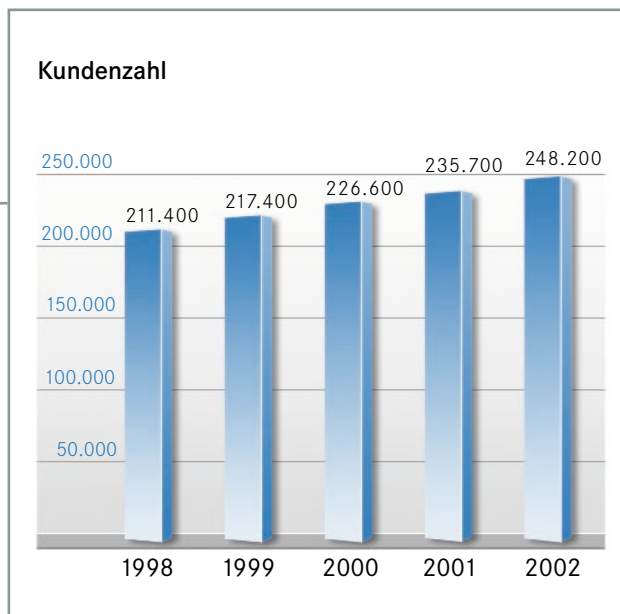
Das Geschäftsjahr 2002, in dem die Deutsche Apotheker- und Ärztebank ihr 100-jähriges Bestehen feiern konnte, verlief sowohl hinsichtlich der Volumensexpansion als auch mit Blick auf die Ertragsverbesserung sehr zufrieden stellend. Entgegen dem überwiegend negativen Trend in der Kreditwirtschaft konnte unsere Bank somit die insgesamt kontinuierliche Aufwärtsentwicklung fortsetzen.

Gelungene

Jubiläums-

veranstaltungen

Neben dem zentralen Festakt zum 100-jährigen Bestehen der Bank und einer Feier für alle Mitarbeiter in Düsseldorf wurde das Jubiläum in den Filialen für einen „Tag der offenen Tür“ zum Anlass genommen. Unter dem Motto „Gemeinsam feiern“ nahmen rund 16.500 Kunden an insgesamt 44 Veranstaltungen teil.



Die Geschäftsentwicklung des Jahres 2002 wurde wesentlich geprägt durch den Zugang an Neukunden, von denen viele am berufsspezifischen Know-how der Bank in Finanzierungsfragen interessiert waren. Der Anstieg der Kundenzahl um 12.500 auf 248.200 und die damit einhergehende Ausweitung der Ausleihungen belegen, dass in Bezug

auf unsere Bank keineswegs von einer restriktiven Kreditvergabe oder gar Kreditverweigerung gegenüber dem Mittelstand gesprochen werden kann.

ÜBERSICHT I	Berichtsjahr 2002 Mio. €	Vorjahr 2001 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
a) Bilanzsumme	22.897,8	20.749,8	+ 2.148,0	+ 10,4
b) Geschäftsvolumen	22.897,8	20.749,8	+ 2.148,0	+ 10,4
c) Liquidität				
Kassenbestand	19,8	15,4	+ 4,4	+ 28,6
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	91,0	179,7	- 88,7	- 49,4
Barreserve	110,8	195,1	- 84,3	- 43,2
Täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute	88,6	244,9	- 156,3	- 63,8
Bundesbankfähige Anleihen und Schuldverschreibungen	1.932,0	2.687,5	- 755,0	- 28,1
Liquide Mittel insgesamt	2.131,4	3.127,5	- 996,1	- 31,8
Verbindlichkeiten gegenüber				
- Kreditinstituten	5.150,4	4.755,0	+ 395,4	+ 8,3
- Kunden	9.362,0	8.891,4	+ 470,6	+ 5,3
Schuldverschreibungen im Umlauf	6.409,1	5.456,4	+ 952,7	+ 17,5
Sonstige Verbindlichkeiten	207,0	172,1	+ 34,9	+ 20,3
Verbindlichkeiten gesamt	21.128,5	19.274,9	+ 1.853,6	+ 9,6
Liquidität (in % der Verbindlichkeiten)	10,1	16,2	- 6,1	- 37,7
d) Kreditgeschäft				
- Forderungen an Kunden	15.311,4	13.513,9	+ 1.797,5	+ 13,3
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	255,0	204,0	+ 51,0	+ 25,0
	15.566,4	13.717,9	+ 1.848,5	+ 13,5
e) Einlagengeschäft				
- Spareinlagen	603,2	633,3	- 30,1	- 4,8
- täglich fällige Einlagen	3.373,0	2.843,4	+ 529,6	+ 18,6
- Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.385,8	5.414,7	- 28,9	- 0,5
- verbriefte Verbindlichkeiten	6.409,1	5.456,4	+ 952,7	+ 17,5
	15.771,1	14.347,8	+ 1.423,3	+ 9,9
f) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
- täglich fällig	751,9	930,9	- 179,0	- 19,2
- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4.398,5	3.824,1	+ 574,4	+ 15,0
	5.150,4	4.755,0	+ 395,4	+ 8,3

ÜBERSICHT II	Berichtsjahr 2002 Mio. €	Vorjahr 2001 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung in %
a) Zinsüberschuss	361,0	347,2	+ 13,8	+ 4,0
b) Provisionsüberschuss	80,3	77,3	+ 3,0	+ 3,9
c) allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
- Personalaufwand	130,7	123,6	+ 7,1	+ 5,7
- andere Verwaltungsaufwendungen	121,7	118,3	+ 3,4	+ 2,9
d) Abschreibungen auf Sachanlagen	15,3	14,1	+ 1,2	+ 8,5
e) Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	150,1	105,1	+ 45,0	+ 42,8
f) Bilanzgewinn	58,5	56,8	+ 1,7	+ 3,0



*Partner auch in
schwieriger Zeit*

Die positive Resonanz der Apotheker, Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte sowie deren Organisationen, Verbände und wirtschaftliche Einrichtungen auf das Leistungsspektrum der Bank bringt sicherlich auch das Interesse der Heilberufsangehörigen zum Ausdruck, gerade angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen ein Kreditinstitut zum Partner zu haben, dessen Berater über fundierte betriebswirtschaftliche Erfahrungen in Praxen und Apotheken verfügen. Das berufsspezifische Know-how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank stellt somit einen besonderen Wert dar, der über viele Jahre hinweg angesammelt wurde, der dauerhaft die enge Bindung zwischen der Bank und ihren Kunden sicherstellt und noch zunehmende Bedeutung erlangen wird im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen im Gesundheitswesen.

*Wachsende
Mitarbeiterzahl*

Die Zahl der Mitarbeiter hat sich im Geschäftsjahr 2002 von 1.803 auf 1.879 erhöht. Da weitere Neueinstellungen mit dem Schwerpunkt in der Kundenberatung vorgenommen werden, überschreitet die rechtlich relevante Zahl der Mitarbeiter im Jahr 2003 die 2.000er-Grenze. Aus diesem Grund wird im laufenden Jahr ein Aufsichtsrat nach Maßgabe des Mitbestimmungsgesetzes 1976 (paritätisch besetzter Aufsichtsrat) gewählt.

*Kundenberatung
ausgebaut*

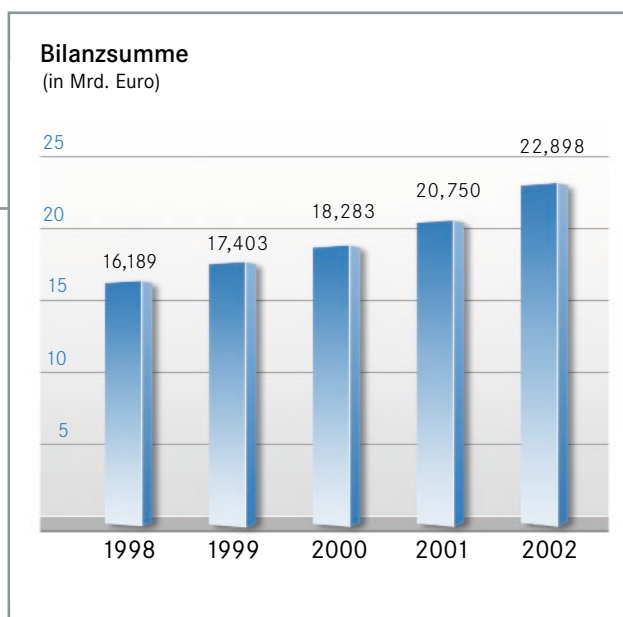
Bei der Betreuung der Kunden stützt sich die Bank auf fünf Niederlassungen und 42 Filialen im gesamten Bundesgebiet, einige Beratungsstellen, acht Regionale Kreditsekretariate, die Leistungen der Tochtergesellschaften und auf die Hauptverwaltung in Düsseldorf. Im laufenden Jahr sind zwei Außenstellen für die Kundenbetreuung in Ulm und Ingolstadt hinzugekommen. Mit der Errichtung dieser Außenstellen wird geprüft, wie sich die Betreuung der Kunden in Gebieten realisieren lässt, in denen die Bank bisher nicht mit direkten Vertriebsstützpunkten präsent ist. Unabhängig davon gilt für uns der Grundsatz, dem Kunden im Rahmen der bereits seit 1996 praktizierten „Multi-Channel-Strategie“ die Wahl des Zugangs zur Bank freizustellen. So bleibt es der Entscheidung des Kunden überlassen,

ob er die persönliche Beratung in der Filiale vorzieht, sich von unserem mobilen Außendienst zu Hause aufsuchen lässt, oder ob er seine Bankgeschäfte über komfortable PC-Programme online bzw. über den Telefonservice „apodialog“ vornimmt.

*Bilanzsumme
kräftig gestiegen*

Vor allem die hohe Zahl neuer Kunden und die Ausweitung der Geschäftstätigkeit im bestehenden Kundenkreis waren 2002 ausschlaggebend für den Anstieg der Bilanzsumme um 10,4 % bzw. 2,1 Milliarden Euro auf 22,9 Milliarden Euro. Obgleich wir die qualitativen Aspekte der Volumensexpansion höher schätzen als quantitative Gesichtspunkte und generell der

Ertragsentwicklung Vorrang vor Mengenwachstum einräumen, werten wir den dauerhaften Wachstumstrend als positive Resonanz der Heilberufsangehörigen auf das spezifische Profil der Bank. Vor diesem Hintergrund sehen wir die über mehr als 30 Jahre gehaltene Spitzenposition unter den genossenschaftlichen Primärkreditinstituten als nachweisbaren Erfolg einer konsequenten Ausrichtung unserer Bank auf die Partnerschaft mit den Heilberufen.



*Erfreuliche
Ergebnisrechnung*

Der starke Neukundenzugang und die damit verbundenen höheren Ausleihungen haben auch die Ergebnisrechnung im Berichtsjahr wesentlich geprägt. Der Zinsüberschuss fiel entsprechend mit 361 Millionen Euro um 14 Millionen Euro höher aus als im Vorjahr. Erfreulicherweise übertraf der Provisionsüberschuss das Vorjahresergebnis mit 80 Millionen Euro trotz

der angespannten Börsenentwicklung um 3 Millionen Euro. Der Verwaltungsaufwand nahm um 12 Millionen Euro auf 268 Millionen Euro zu. Darin enthalten ist eine Spende in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die durch die Flutkatastrophe geschädigten Apotheker, Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte. Das Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge stieg um 11,4 Millionen Euro auf 177,4 Millionen Euro. Nach unverändert moderater Risikovorsorge und Steueraufwand wird der Jahresüberschuss bei einem Plus von 2 Millionen Euro mit 59 Millionen Euro ausgewiesen.

Hohe Dividende

Das zufrieden stellende Geschäftsergebnis ermöglicht die vorsorgliche Abdeckung aller absehbaren Risiken aus der Geschäftstätigkeit, die erforderliche Stärkung des Eigenkapitals sowie die Ausschüttung einer vergleichsweise hohen Dividende.



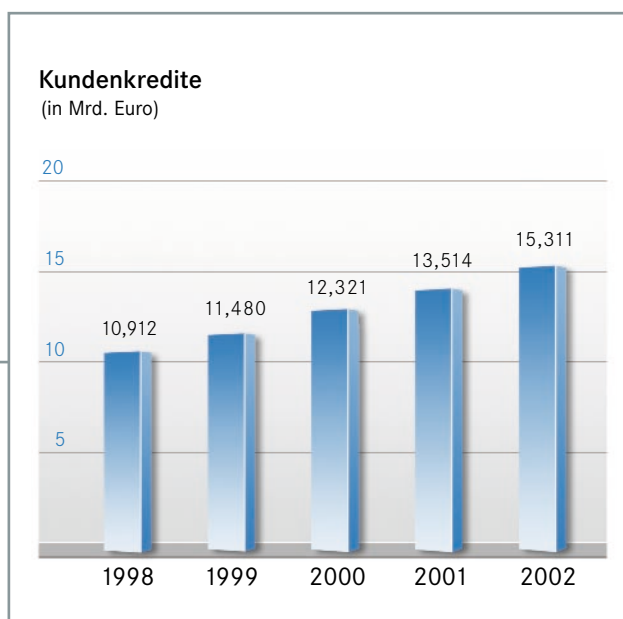


Kreditgeschäft

*Steigende
Kreditnachfrage*

Die Expansion der Bilanzsumme wurde wesentlich durch die lebhaften Neuausleihungen im Darlehensbereich geprägt, die sich in etwa gleichmäßig auf Existenzgründungsfinanzierungen, Immobilienfinanzierungen und Finanzierungen für Ersatz- und Zusatzinvestitionen sowie für private Zwecke verteilten. Die Kundenkredite erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 13,3 % auf 15,31 Milliarden Euro. Das gesamte Kreditvolumen –

einschließlich Bürgschaften – wuchs um 13,5 % auf 15,57 Milliarden Euro.



Mit Blick auf die Fristigkeiten der Ausleihungen zeigt der Stichtagsvergleich bei den Kontokorrentkrediten eine unter Ertragsgesichtspunkten erfreuliche Ausweitung um 380 Millionen Euro auf 2,28 Milliarden Euro. Auch die Veränderung der durchschnittlichen Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite fiel mit einem Zuwachs um rund 400 Millionen Euro vergleichsweise

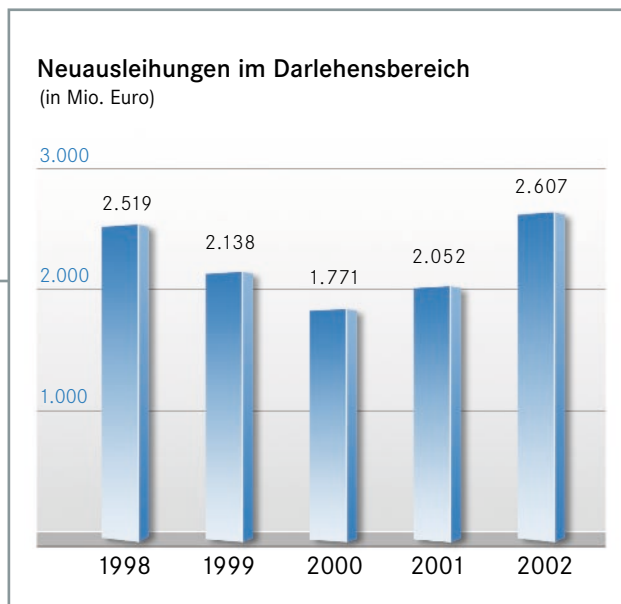
kräftig aus. Im Hinblick auf die Mittelverwendung für Immobilien- und Existenzgründungsfinanzierungen verlagerte sich die Kreditausweitung vorrangig auf den langfristigen Bereich; die Darlehen wuchsen um 12,2 % auf 13,03 Milliarden Euro.

Zukunftsorientierter Finanzierungs-service

Die tatsächliche Kreditleistung und damit die eigentliche Intensität der Kreditnachfrage kommt durch das Volumen der Neuausleihungen zum Ausdruck, das mit 2,61 Milliarden Euro beträchtlich über dem bereits hohen Niveau der Vorjahre liegt. Diese Expansion ist insofern bemerkenswert, weil sich damit auch ein ausgesprochen hohes Maß an Beratungsleistung verbindet, bei der zukunftsorientierte ökonomische Aspekte besonders wichtig sind.

Nummer eins bei Existenzgründungen

Die qualifizierte Beratung und damit die Weitergabe langjähriger Erfahrung kommt besonders im Rahmen der Existenzgründungsfinanzierung zum Tragen, die seit langem als ein Markenzeichen unserer Bank gilt. Die Zahl der durch unser Institut finanzierten Existenzgründungen erhöhte



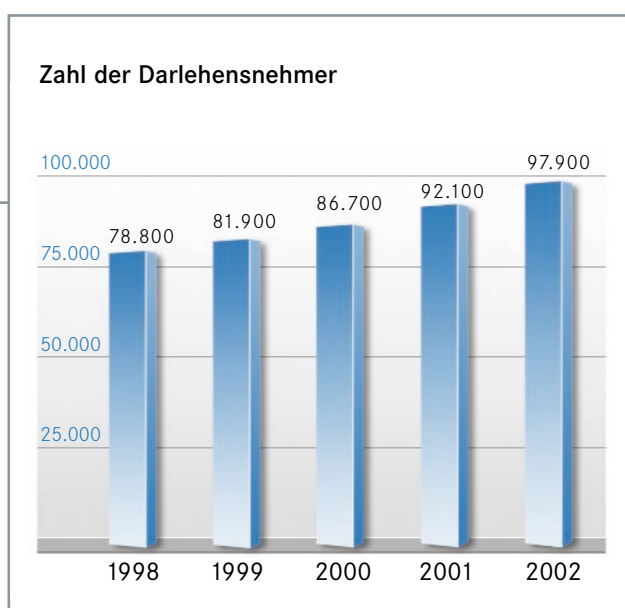
sich im Berichtsjahr so kräftig, dass unsere Marktführerschaft in diesem Segment ausgeweitet und der Marktanteil auf rund 60% erhöht wurde. Unter Risikoaspekten ist der weiter steigende Anteil von Übernahmen hervorzuheben, die in der Regel weit weniger risikobehaftet sind als Neugründungen. Die unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Kundenbindung wichtige Ausweitung der Existenzgründungsfinanzierung darf sicher auch als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Kompetenz der heilberufseigenen Bank und deren spezielles Wissen gerade angesichts der schwieriger werdenden Situation im Heilberufssektor hohe Wertschätzung genießt.

Die qualifizierte Beratung und damit die Weitergabe langjähriger Erfahrung kommt besonders im Rahmen der Existenzgründungsfinanzierung zum Tragen, die seit langem als ein Markenzeichen unserer Bank gilt. Die Zahl der durch unser Institut finanzierten Existenzgründungen erhöhte sich im Berichtsjahr so kräftig, dass unsere Marktführerschaft in diesem Segment ausgeweitet und der Marktanteil auf rund 60% erhöht wurde. Unter Risikoaspekten ist der weiter steigende Anteil von Übernahmen hervorzuheben, die in der Regel weit weniger risikobehaftet sind als Neugründungen. Die unter dem Gesichtspunkt der langfristigen Kundenbindung wichtige Ausweitung der Existenzgründungsfinanzierung darf sicher auch als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Kompetenz der heilberufseigenen Bank und deren spezielles Wissen gerade angesichts der schwieriger werdenden Situation im Heilberufssektor hohe Wertschätzung genießt.

*Mehr Immobilien
finanziert*

Auch unsere Angebote zur Immobilienfinanzierung wurden 2002 stärker in Anspruch genommen als im Jahr zuvor. Die Zahl der entsprechenden Engagements erhöhte sich um fast 30%. Die Ausweitung wurde aus dem Blickwinkel der Kundenberater durch eine spezielle Beratungssoftware erleichtert.

Aus Sicht der Kunden stand – insbesondere beim privaten Immobilienerwerb – das Interesse an den nach wie vor beliebten Zinscap-Darlehen im Vordergrund.



Unsere Berater beziehen in ihr Finanzierungskonzept nach Möglichkeit öffentliche Fördermittel ein. Beispielsweise wurde das Wohneigentumsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auch im Berichtsjahr intensiv von unseren Kunden genutzt. Auch im Existenzgründungsbereich wurden die Mittel der KfW stark in Anspruch genommen.

Ergänzend wurden – in den einzelnen Bundesländern oft unterschiedlich angebotene – Programme der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) hinzugezogen. Hier sind insbesondere das Gründungs- und Wachstumsprogramm zu nennen sowie die Existenzgründungsdarlehen.

*Vertriebsunter-
stützung*

Zur Expansion des Kreditgeschäfts hat erfreulicherweise erneut beigetragen, dass sich die Vertriebswege über unseren Finanzdienstleister „apofinanz“, über unseren Kooperationspartner Deutsche Ärzteversicherung AG und über freie Vermittler gerade im Berichtsjahr als besonders erfolgreich erwiesen haben.

*Effizientes Risiko-
management*

In den vergangenen Jahren haben wir durch ein effizientes Risiko-Management, das sich neben qualifizierter Erfahrung über ein ausgeprägtes Know-how der betriebswirtschaftlichen Grundlagen im Heilberufssektor auszeichnet, die Zahl der echten Problemfälle im Kreditgeschäft in engen Grenzen halten können. Damit auch in Zukunft der relative Risikoanteil am Gesamtkreditvolumen seine sehr günstige niedrige Quote beibehält, werden die bisherigen Maßnahmen intensiviert und ausgebaut oder aber durch neue Verfahren ergänzt.

Parallel zur Konkretisierung des Baseler Eigenkapital-Akkords bauen wir ein umfassendes flexibles Risiko-Management-System auf, das dem individuellen Risikoprofil unserer Bank gerecht wird, zudem die erforderliche Transparenz schafft und ein modernes Aktiv-Portfolio-Management unterstützt. Darüber hinaus soll dieses System auf eine Minimierung der Eigenkapitalbelastung hinwirken und selbstverständlich die Erfüllung der Anforderungen gemäß „Basel II“ sicherstellen.

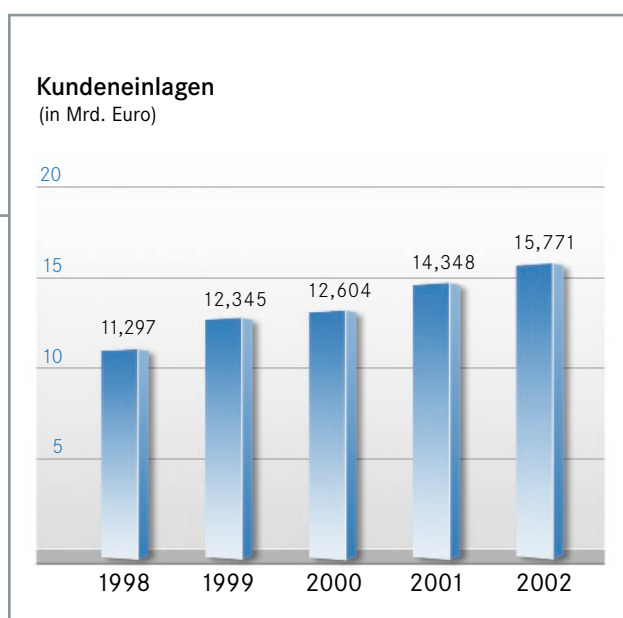


Einlagengeschäft

*Kundeneinlagen
gestiegen*

Im Einlagengeschäft erhöhte sich das Gesamtvolumen im Berichtsjahr um 9,9 % auf 15,77 Milliarden Euro. Zu diesem Zuwachs hat neben den Kundeneinlagen im engeren Sinn auch die Emission von Inhaberschuldver-

schreibungen beigetragen, deren Platzierung im Abschnitt „Investmentgeschäft“ erläutert wird.



Mit einem deutlichen Anstieg um 18,6 % auf 3,37 Milliarden Euro weisen die Sichteinlagen eine besonders starke Expansion auf. In dieser Ausweitung kommen zwar auch stichtagsbedingte Dispositionen institutioneller Kunden zum Ausdruck. Doch zeigt sich hier auch die weiterhin sehr gute Resonanz auf das „APO-Liquiditätskonto“, das für größere Beträge im Rahmen kurzfristiger

Anlagen angeboten wird und eine attraktive variable Verzinsung mit komfortabler Handhabung sowie jederzeitiger Verfügbarkeit verbindet. Eine Analyse des Durchschnittsbestands an Sichteinlagen unserer Privatkundschaft ohne Einbeziehung des APO-Liquiditätskontos zeigt, dass die Liquiditätshaltung auf dem laufenden Konto das gesamte Jahr über tendenziell angestiegen ist und generell höher als im Vorjahr ausfiel.

*Attraktives Leistungsprofil
beim Girokonto*

Die Dispositionen unserer Kunden im Kontokorrent erleichtern wir durch unseren Service „Rund um das laufende Konto“ mit einem attraktiven Leistungsprofil. Hier sind die spesenfreie Kontoführung bei Konten auf Guthabenbasis, portofreie Monatsauszüge mit weit reichender Gebührenerstattung für die Nutzung von inländischen Geldausgabeautomaten, kostenlose personalisierte Formulare und Zahlscheine, ein vielseitiges und leistungsfähiges Kreditkartenangebot zu nennen sowie die Abrundung durch PC-Banking und „apodialog“ – Serviceangebote, über die an anderer Stelle ausführlich berichtet wird. Als ausgesprochen erfolgreich erwies sich auch im Berichtsjahr unser Kreditkartendoppel mit VISA GOLD und MasterCard GOLD unter dem Namen „APO GoldenTwin“. Bei diesem Produkt verzichtet die Bank vollständig auf die sonst bei Kreditkarten üblichen Jahresgebühren. Darüber hinaus bietet das Kartenpaket einerseits flexible Liquidität durch den optionalen Kreditrahmen unter der Bezeichnung APO CashCredit und andererseits eine attraktive Verzinsung für Guthaben bis zu 25.000 Euro, eine gern genutzte Möglichkeit für die Anlage kurzfristiger Gelder.



*Differenzierte Entwicklung der
Termineinlagen*

Der Rückgang der Termineinlagen (ohne Schuldscheindarlehen) um 270 Millionen Euro auf 3,1 Milliarden Euro ist auf stichtagsbedingte Dispositionen unserer institutionellen Kunden zurückzuführen. Im Privatkundenbereich konnte dagegen eine durchschnittliche leichte Steigerung des Termineinlagenbestandes erzielt werden. Das Kontensparen in den verschiedenen Ausprägungen und Fristigkeiten verharrte dagegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Termineinlagen einschließlich der Schuldscheindarlehen stehen mit einem leichten Rückgang um 29 Millionen Euro auf 5,4 Milliarden Euro zu Buche.



Vertriebskanäle

*Multi-Channel-
Banking seit
langem etabliert*

Bereits seit vielen Jahren überlassen wir unserem Kunden die Wahl, auf welchem Weg er mit uns in Verbindung treten will. Diese inzwischen für Bankprodukte als optimal geltende Vertriebsform unter dem Namen „Multi-Channel-Banking“ wird von uns in den einzelnen Facetten ständig ausgebaut und neuen Anforderungen angepasst. Dem stationären Vertrieb in den Filialen kommt dabei eine hohe Bedeutung zu, weil wir die persönliche Beratung in den Geschäftsstellen als unverzichtbaren Bestandteil unserer Serviceleistung als Bank für die Heilberufe ansehen.

*apofinanz personell
verstärkt*

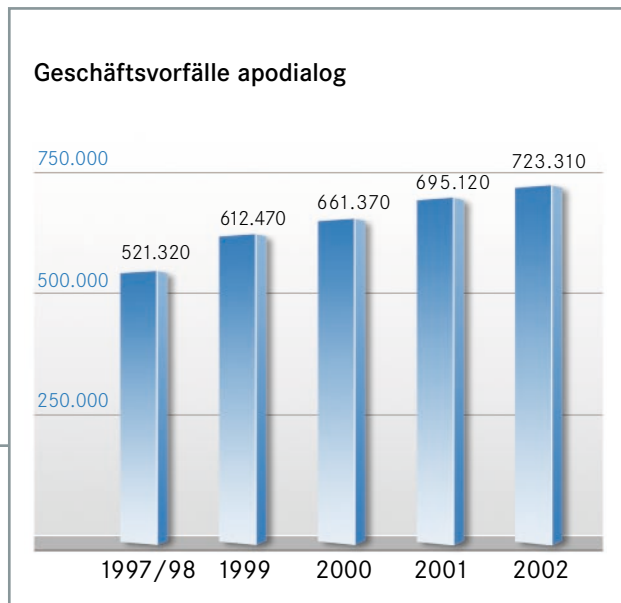
Seit 1997 ergänzen wir die stationäre Betreuung mit einem mobilen Außendienst, den wir durch die gemeinsam mit der Deutschen Ärzteversicherung AG gegründete „Finanz-Service GmbH der APO-Bank“ gewährleisten. Die „apofinanz“ – so die Kurzbezeichnung – wuchs im Geschäftsjahr 2002 auf inzwischen 56 Finanzberater an. Es entspricht dem Selbstverständnis unseres mobilen Außendienstes, sich durch Mobilität, Flexibilität und ein hohes Maß an Beratungsqualität von den anderen Finanzdienstleistern am Markt abzuheben. Darüber hinaus zeichnet diese Finanzberater aus, dass sie unsere Kunden dann beraten, wenn diese Zeit haben.

*Erfreuliches
Geschäftsergebnis
der apofinanz*

Aufgrund der guten Resonanz entwickelten sich Geschäftsvolumen und Ertrag der Gesellschaft entgegen dem allgemeinen Markttrend auch im Berichtsjahr deutlich positiv. Durch Akquisition von Neukunden und Betreuung bestehender Geschäftsverbindungen sowohl im Darlehens- als auch im Anlagebereich leisteten die Berater der „apofinanz“ einen guten Beitrag zum Ergebnis der Bank. Vor diesem Hintergrund sind die Überlegungen zu sehen, den mobilen Außendienst der APO-Bank weiter auszubauen und unter anderem auch durch Außenbüros in solchen Regionen zu ergänzen, in denen die Bank nicht mit Vertriebsstützpunkten präsent ist.

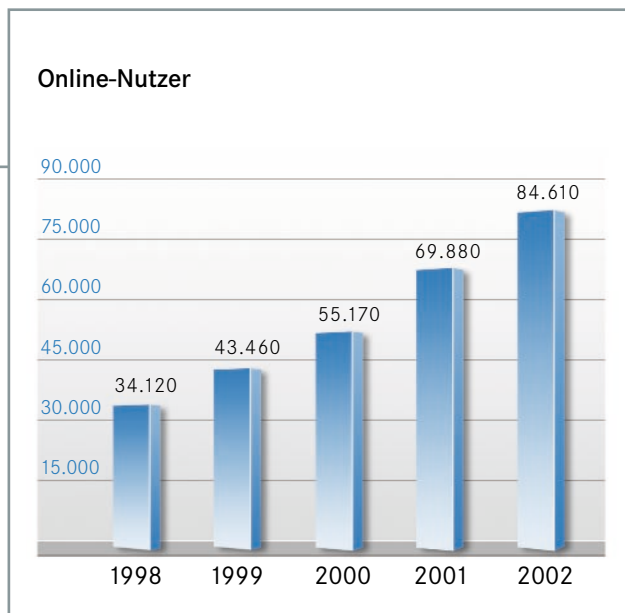
Vielseitiger Service durch apodialog Der 1996 gegründete Telefonservice „apodialog“ hat sich längst als wichtige Abrundung unseres Dienstleistungsangebots etabliert. Zum Ende des Berichtsjahres nutzten mehr als 49.000 Kunden das Angebot, an allen Tagen der Woche einen Ansprechpartner für die Vielzahl von Fragen,

Wünschen und Aufträgen „Rund um das laufende Konto“ zu erreichen, der zudem auch für die Anlage und Disposition von Termineinlagen sowie für die verschiedenen Sparformen und Sparprogramme zur Verfügung steht. Außerdem ist „apodialog“ in das Serviceangebot „apobrokerage“ eingebunden, so dass unsere Kunden nicht nur via PC-Banking mit der Software StarMoney, sondern auch telefonisch Wertpapieraufträge für die deutschen Börsen erteilen können. Darüber hinaus schließt der apodialog-



Service die Bestellannahme von Reiseschecks und ausländischen Banknoten ein, die den Kunden kurzfristig per Kurier zugestellt werden. Letztlich erfüllt apodialog eine gern genutzte Funktion als „Hotline“ für das PC-Banking.

PC-Banking „boomt“ Die beträchtlichen Zuwachsraten im PC-Banking haben dazu geführt, dass die Quote derjenigen Kunden, die den PC für ihren Zahlungsverkehr einsetzen, bei unserer Bank im Vergleich mit anderen Kreditinstituten sehr hoch ist. Ende des Berichtsjahres nutzten 84.600 Kunden die Möglichkeit, ihre Girokonten online zu führen. Ein großer Teil von ihnen verwendet dabei die mehrfach ausgezeichnete Banking-Software „StarMoney 3.0“ als APO-Edition mit vielen attraktiven Zusatzfunktionen. Durch den Service



„apobrokerage“ lassen sich zudem Wertpapiere an deutschen Börsenplätzen online ordern. Der Service apobrokerage ermöglicht einen schnellen und zeitlich flexiblen Zugriff auf das jeweilige Depot, was die detaillierte Abfrage des Depotbestands, den Status der erteilten Order und die Entwicklung der Einzelwerte einschließt. Mit der im laufenden Jahr ausgelieferten neuen Version „StarMoney 4.0 APO-Edition“ können außerdem die erteilten Wertpapieraufträge geändert

oder storniert werden. Neben dem Stand der Girokonten lassen sich mit dieser neuen Version auch die Salden der Spar-, Festgeld- und Darlehenskonten sowie – unabhängig von apobrokerage – auch der Depots abfragen.

*Internet-Provider
für Heilberufe*

Unsere Tochtergesellschaft DGN Service GmbH kann im Hinblick auf den Anstieg der Nutzer-Zahlen bei den heilberufsspezifischen Intranets D/G/N (für Ärzte), aponet Professional (für Apotheker) und DZN (für Zahnärzte) auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Das Unternehmen hat somit seine Position als führender Internet-Provider für die Heilberufe mit über 30.000 Kunden weiter ausbauen können. Die im November 2001 aufgenommene Partnerschaft mit BertelsmannSpringer Medizin-Online (BSMO) hat sich im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung als vorteilhaft erwiesen. BSMO konzentriert sich auf Inhalte, die DGN Service GmbH auf die Kernkompetenz als Provider. Dabei erfolgte eine stärkere Ausrichtung auf die Qualität der technischen Plattformen sowie auf den Ausbau in den Bereichen Information, Transaktion und Sicherheit der Kommunikation. Die neue Fokussierung wurde unterstützt durch Investitionen in Millionenhöhe, um die technische Infrastruktur weiter auszubauen.

dgnservice

*Neues Finanztool
etabliert*

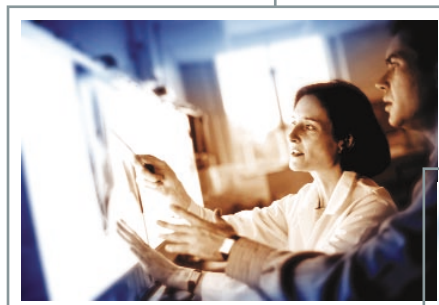
Im Verlauf des Berichtsjahres wurde der neue Tarif conectMT, ein gemeinsames Produkt der DGN Service GmbH und der BSMO, im Markt eingeführt. Der Premium-Tarif enthält neben einem kostenlosen Zugang zu den medizinischen Inhalten von multimedica einen völlig neu gestalteten Bereich „Finanzen“, der von unserer Tochtergesellschaft apoconsult fachlich

begleitet wird. Damit stellt die DGN Service GmbH das betriebswirtschaftliche Know-how der APO-Bank im Heilberufssektor auch ihren eigenen Kunden zur Verfügung und transportiert auf diese Weise ein Alleinstellungsmerkmal der Muttergesellschaft.



Vor dem Hintergrund der zunehmenden Wettbewerbsintensität im Bankensektor und im Hinblick auf das steigende Servicebewusstsein unserer Kunden sind die Qualität der Bankdienstleistung und die Kundenzufriedenheit bedeutende Schlüsselfaktoren. Dieser Entwicklung haben wir bereits vor mehreren Jahren

durch Einrichtung der Abteilung Kundenkommunikation Rechnung getragen. Die Mitarbeiter dieser Abteilung setzen sich intensiv dafür ein, dass im Kundenverkehr aufgetretene Probleme oder Missverständnisse ausgeräumt beziehungsweise geklärt werden, um das gute Verhältnis zwischen Kunde und Bank wiederherzustellen. Nach der schnellstmöglichen Klärung der jeweiligen Anliegen werden diese detailliert ausgewertet. Die Ergebnisse liefern wertvolle Anhaltspunkte, um Schwachstellen zu erkennen und zu beheben. Die Resonanz der Kunden zeigt, welchen Stellenwert unsere Kunden einem zentralen Beschwerdemanagement beimessen, an das sie sich unabhängig von ihrer jeweiligen Filiale wenden können.



Neue Beratungskonzeptionen

apokom folgt

Markttrends

Bei unserer im Jahr 2000 gegründeten Tochtergesellschaft „apokom Kooperations- und Organisations-Management GmbH“ stand in der ersten Zeit nach ihrer Gründung die Begleitung ambulanter Netzstrukturen im Vordergrund. Diese wiesen einen unterschiedlichen Organisationsgrad auf; aus unternehmerischer Sicht waren viele nur bedingt autark. Ein Teil dieser Netzinitiativen wurde insofern auch beendet, als externe Sponsoringelder versiegten. Gleichzeitig entstand im Markt eine neue Kooperationsbewegung mit deutlich höherem Organisationsgrad: die neuen freiberuflichen Kooperationen. Diese weisen unterschiedliche Ausprägungsmerkmale auf, die von Ärztehäusern im herkömmlichen Sinn bis hin zu Strukturen mit Anlehnung an ein Krankenhaus reichen. Im Berichtsjahr hat sich „apokom“ dieser Marktentwicklung angepasst und einen Schwerpunkt auf die konzeptionelle Funktionsplanung dieser neuen freiberuflichen Kooperationen gelegt. Damit konnte die Kompetenz unserer Tochtergesellschaft für zukunftsweisende Marktentwicklungen weiter untermauert werden.



Organisations-

beratung

ausgeweitet

„apokom“ wird in diesem Zusammenhang in der Regel über Einzelaufträge der Kunden aktiv. Gerade auch in komplexeren Strukturen wie neuen freiberuflichen Kooperationen leistet apokom mit der Optimierung der Funktionsplanung und der daraus resultierenden fachärztlichen Belegung wesentliche Vorarbeit für die späteren Finanzierungsgespräche.

Qualitätsmanage-

ment im Fokus

Ein weiteres Schwergewicht legte „apokom“ im Berichtsjahr auf die Entwicklung des Qualitätsmanagements in Kooperationsstrukturen. Über Einzel-Coaching und Workshops in kleinen Gruppen wurden dabei wesentliche Managementtools vermittelt, die insbesondere die Prozessqualität verbesserten.



*Netzakademie ist
etabliert*

Ärztliche Kooperationen, speziell jene, die in so genannten Netzen organisiert sind, gewinnen in einem modernen Gesundheitswesen zunehmend an Bedeutung. Um bestehende und neu entstehende Kooperationen dieser Art auch längerfristig abzusichern, bedarf es eines professionellen Netzmanagements, das – neben Affinität zur Medizin und zum ärztlichen Berufsstand – Spezialwissen hinsichtlich einer professionellen Organisation und Gruppenprozessen einbringt. Diese Fachleute stehen auch heute,



nach mehreren Jahren der Netzbewegung in Deutschland, weder in ausreichendem Maße, noch in ausreichender Qualität zur Verfügung.

Die im Jahr 2000 durch die Bundesärztekammer, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Deutsche Apotheker- und Ärztebank gegründete „Netzakademie – Management für Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen e.V.“ bietet ein berufsbegleitendes Präsenz- und Fernstudium an, um dem

Bedarf an Netz-Managern besser gerecht zu werden. Dieses Studium baut auf 14 Präsenzveranstaltungen sowie zusätzlichen Inhalten auf, die online verfügbar sind und den Studierenden zum Download bereitstehen. Präsenz- und webbasierte Prüfungselemente führen den Studierenden zum Abschlusszertifikat „Netz-Manager (Gesundheit)“. Inzwischen konnten drei Studiengänge mit 55 Absolventen abgeschlossen werden. Ein Studiengang läuft aktuell in Nordrhein-Westfalen. Weitere Studiengänge, die der ständigen Nachfrage Rechnung tragen, werden vorbereitet.



Investmentgeschäft

*Aktienkurse
rückläufig*

Geprägt von der weltweiten Konjunkturschwäche, den Bilanz- und Analysenskandalen in den USA, den Problemen des Finanzsektors und nicht zuletzt aufgrund des schwindenden Anlegervertrauens blieben die Aktienkurse 2002 an den weltweit wichtigsten Börsenplätzen im dritten Jahr in Folge auf Talfahrt. Besonders drastisch fiel der Rückgang im DAX mit minus 44 % aus, was bei Anlegern nicht zuletzt auf die Schwäche des Standortes Deutschland zurückgeführt wird.

*Rentenwerte
gefragt*

Die Renten- und Immobilienmärkte wurden dagegen als „sicherer Hafen“ favorisiert. Die Zuflüsse in die Immobilienfonds waren etwa viermal so hoch wie jene in Aktienfonds. Europäische Staatsanleihen bekamen aufgrund wachsender Konjunktursorgen und im Hinblick auf den sich abzeichnenden Irak-Krieg zum Jahresende einen kräftigen Kursschub.

*Provisionsertrag
gesteigert*

Ungeachtet der schwierigen Börsensituation haben wir die im Jahr 2001 begonnene neue Ausrichtung der Asset-Management-Strategie unserer Bank intensiv fortgeführt und damit die dahinter stehende Wertpapier-Strategie bundesweit realisiert. Sowohl die Betreuungskonzeption im Retail Asset Management als auch das Vertriebskonzept im Institutional Asset Management wurden abgesichert durch eine optimierte Aufbauorganisation, erweiterte personelle Kapazitäten, die Einführung einer neuen Steuerungskonzeption und den Ausbau der IT-Infrastruktur. Der Erfolg dieser Maßnahmen lässt sich unmittelbar aus der Steigerung der Provisionserträge ablesen, die nicht in den allgemeinen Abwärtssog gerieten, sondern – vor allem im Wertpapierbereich – sogar noch gesteigert werden konnten.

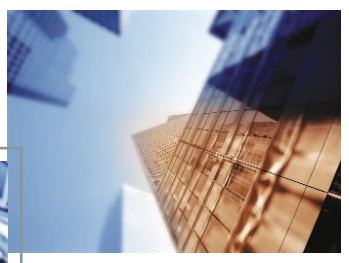
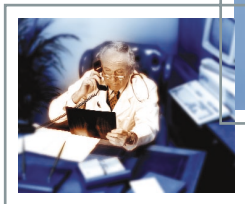
*Erfreuliche
Resonanz bei
geschlossenen
Fonds*

Zu einer Entwicklung entgegen dem Markttrend hat erfreulicherweise erneut auch die Platzierung geschlossener Fondsprodukte beigetragen. Vor dem Hintergrund der ungünstigen Konjunktorentwicklung und anhaltender Diskussionen über die weitere steuerliche Handhabung ging in Deutschland 2002 die Platzierung geschlossener Fonds im Vergleich zum Vorjahr geringfügig zurück. Dagegen konnte unsere Bank das Rekordergebnis des Vorjahres erneut um rund 10 % steigern. Die Unsicherheit an den Aktienmärkten war Auslöser einer verstärkten Nachfrage nach alternativen Investments. Schwerpunkte bildeten Medienfonds und ausländische Immobilienbeteiligungen. Die strategische Ausrichtung auf die Segmente Medienfonds, in- und ausländische Immobilienfonds sowie Schiffsbeteiligungen hat sich somit durch die Geschäftsentwicklung erneut bestätigt. Dabei konnte die hohe Qualität der im Vertrieb berücksichtigten Angebote durch die Zusammenarbeit mit einer externen Analyse-Agentur weiterhin sichergestellt werden.



*Vermögensver-
waltung ausge-
weitert*

Die Vermögensverwaltung hat im Geschäftsjahr 2002 die Anzahl der betreuten Mandate erfolgreich ausbauen können. Angesichts volatiler Börsen und der zunehmenden Komplexität von Anlageprodukten und Entscheidungszusammenhängen erkennen vermögende Mandanten zunehmend die Notwendigkeit eines professionellen Depotmanagements. Das inzwischen auf 11 Mitarbeiter gewachsene Team gewährleistet die kompetente und persönliche Betreuung. Seit mehreren Jahren erzielt die Vermögensverwaltung – belegbar in ihren Mandatsdepots – deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse. Basis des Erfolges ist ein strukturierter Ansatz mit klaren Entscheidungsprozessen.



*Anlage-Service für
institutionelle
Kunden*

Bei den von uns betreuten institutionellen Kunden führte die desolante Entwicklung an den Aktienmärkten im Geschäftsjahr zu einer deutlich stärkeren Konzentration auf die Rentendirektanlage. Im Fokus standen vor allem so genannte strukturierte Rentenprodukte. Diese zeichnen sich durch eine Kombination eines klassischen Rentenprodukts mit derivativen Instrumenten aus. Diese besondere Konstruktion gewährleistet den Kunden eine Verbesserung ihrer Performance und ermöglicht eine zielgerichtete Steuerung des Cashflows. Durch den weiteren Ausbau unserer Infrastruktur, ausgerichtet auf die Betreuung und Bewertung solcher Produkte, konnten wir Volumen und Ertrag im Bereich der Rentendirektanlage nochmals deutlich ausbauen. Bei den von uns verwalteten Spezialfonds wurde die Entwicklung positiv durch die Übernahme von Masterfondsmandaten beeinflusst. Hier zahlten sich unsere Anstrengungen aus, die Kunden auch bei ihrer strategischen Asset-Allocation zu unterstützen, zum Beispiel durch Risiko-/Ertragsdarstellungen, Berechnung von Risikotragfähigkeit und Korrelationsdarstellungen bei einzelnen Assetklassen unserer Kunden.

*„apoasset“ gut
positioniert*

Ungeachtet der angespannten Lage am Aktienmarkt, die institutionelle Anleger generell zurückhaltender bei der Dotierung von Wertpapierspezialfonds werden ließ, konnte unsere Tochtergesellschaft Apo Asset Management – kurz: „apoasset“ – ihre Geschäftstätigkeiten ausweiten. Neben der Auflage des „APO Trend Selekt INKA“ trug auf der Aktienseite vor allem das von apoasset entwickelte und gemanagte und von der ABN AMRO Bank emittierte Generika Select Zertifikat bei. Damit stand dem Anleger erstmals ein Wertpapier zur Verfügung, das in die weltweit führenden Generika-Hersteller investiert. Es wurde entsprechend gut vom Markt aufgenommen.

*Weiterer
Rentenfonds*

Auf der Rentenseite haben wir im Herbst über die Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH (INKA) mit dem „APO Rendite Plus INKA“ sehr erfolgreich einen von apoasset konzipierten Renten-Publikumsfonds aufge-

legt, der zu zwei Dritteln in europäische Investment-Grade-Unternehmensanleihen und zu einem Drittel in amerikanische hochverzinsliche Unternehmensanleihen investiert. Dabei werden die europäischen Anleihen von apoasset gemanagt, die hier ihre schon bei mehreren Spezialfonds unter Beweis gestellte Expertise für Unternehmensanleihen einbringt, während für den US-Teil unser Kooperationspartner Muzinich & Co., New York, verantwortlich ist.

Neues Mandat

Erfreulicherweise konnte „apoasset“ im Jahr 2002 zusammen mit der Deutschen Ärzteversicherung AG, Köln, gegen starke Konkurrenz den Zuschlag für die Verwaltung der Kapitalanlagen der neu gegründeten „Versorgungseinrichtung für Gesundheitsberufe“ erhalten.

*aik weiter auf
Erfolgskurs*

Auch unsere Tochtergesellschaft APO Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH (aik), die sich auf das Immobilien-Investmentgeschäft und auf die professionelle Immobilien-Vermögensverwaltung für Versorgungswerke



der Freien Berufe konzentriert, hat sich weiterhin erfreulich positiv entwickelt. Das von der aik betreute Immobilienfondsvermögen konnte wie bereits in den vergangenen Jahren auch 2002 mit einem Wachstum von über 40 % deutlich erhöht werden.

Die Zahl der von der aik zu verwaltenden Immobilien-Spezialfonds erhöhte sich auf fünf: Zusätzlich zu den bereits betreuten Fonds für Versorgungswerke aus dem Apotheker-, Zahnärzte- und Architektenbereich legte die aik einen Immobilien-Spezialfonds für ein ärztliches Versorgungswerk auf. Darüber hinaus wurden mit weiteren Versorgungswerken intensive und Erfolg versprechende Gespräche geführt, Spezialfonds aufzulegen und bereits im Bestand befindliche Immobilienobjekte der Versorgungswerke in die Verwaltung der aik zu übertragen. Mittlerweile werden 49 Immobilien von den Objektmanagern der aik betreut.

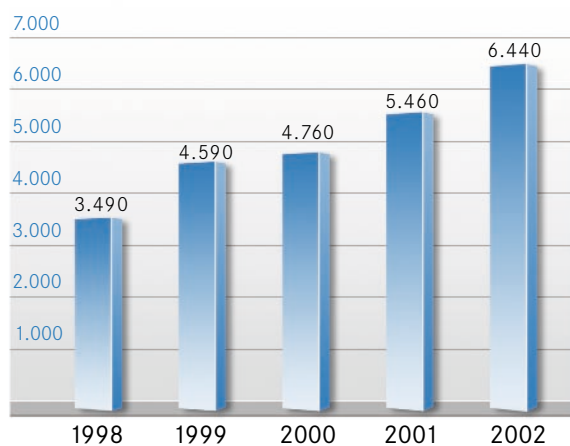


Akquisitionserfolge auch im Ausland Der in den vergangenen Jahren eingeschlagene Kurs zur stetigen Ausweitung der Geschäftsaktivitäten in Deutschland und im europäischen Ausland konnte weiterhin ausgebaut werden. Von den Neuinvestments wurden im letzten Geschäftsjahr mehr als die Hälfte im Ausland getätigt.

Gute Vermietungsquoten Trotz der schwierigen Marktsituation konnten auch in der Immobilienverwaltung beachtliche Vermietungsleistungen erbracht werden. Insgesamt wurden 54 Mietverträge über 12.880 m² Mietfläche und einem Ertragswert von 1,6 Millionen Euro neu abgeschlossen. Die kalkulatorische Performance aller von der aik neu akquirierten Objekte betrug im letzten Geschäftsjahr 7,1 % bezogen auf den Verkehrswert und 8,3 % bezogen auf das eingesetzte Eigenkapital.

Verbreitertes Emissionsspektrum Die Emissionstätigkeit unserer Bank am internationalen Kapitalmarkt entwickelte sich parallel zur Ausweitung des Kreditgeschäfts. So wurden im Berichtsjahr 1,8 Milliarden Euro langfristige Emissionen bei internationalen Investoren platziert. Zum

Emittierte Inhaberschuldverschreibungen
(Gesamtbetrag in Mio. Euro)

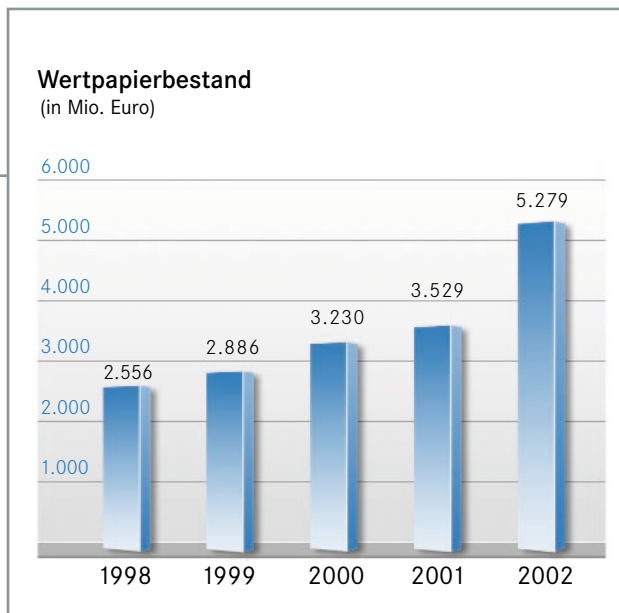


Ende des Berichtsjahres belief sich das ausstehende Volumen des „European Medium Term Note-Program“ auf 3,7 Milliarden Euro. Im Zuge der angespannten Situation im Genossenschaftssektor reduzierte die Rating-Agentur Standard & Poor's die Bonitätsbeurteilung der Bank auf „A minus/A-2“; Moody's Investors Service beurteilte hingegen die Situation unverändert stabil mit „A2/P-1“. Die Entscheidung, das Emissionsspektrum um ein „European

Commercial Paper-Program“ im kürzerfristigen Bereich zu ergänzen, gewährleistet die jederzeitige Liquidität zu attraktiven Zinssätzen. Gleichzeitig ergibt sich auf diese Weise für die Liquiditätssteuerung ein höheres Maß an Flexibilität.

Wertpapierbestand neu strukturiert Der Wertpapierbestand der Bank wurde zur zinskongruenten Anlage freier variabler Liquidität um 1,7 Milliarden Euro auf 5,28 Milliarden Euro ausgeweitet. Unter strikter Beachtung des eng gefassten Sicherheitsgedan-

kens haben wir im Rahmen der Optimierung des Zinsmanagements auch im Berichtsjahr die variable Liquiditätsreserve neu strukturiert. Alle Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden – wie in den Jahren zuvor – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet; die Wertpapiere des Anlagevermögens nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.





Betriebswirtschaftliche Beratung

Research aus- geweitet

Entsprechend unserer Geschäftsphilosophie, die Heilberufsangehörigen unternehmerisch zu unterstützen, haben wir im Berichtsjahr unser betriebswirtschaftliches Research im Heilberufssektor ausgeweitet und eine Vielzahl von Maßnahmen realisiert, um betriebswirtschaftliches Grundwissen im Rahmen der Individualberatung sowie durch den Ausbau von Beratungsangeboten im Seminar- und Vortragsbereich zu vermitteln.

Service bei Praxis- abgabe

Speziell für den Praxisabgeber hat unsere Bank ein umfangreiches Leistungsangebot konzipiert. Dazu zählt unter anderem eine Check-Liste, mit der sich der Arzt oder Zahnarzt Schritt für Schritt auf die Abgabe seiner Praxis vorbereiten kann. Er findet hier Hinweise auf erforderliche Maßnahmen und Informationen darüber, wer bei der Umsetzung dieser Maßnahmen behilflich sein kann – sei es die K(Z)V, der Steuerberater oder die Hausbank. Aufgrund der starken Nachfrage wurde die Broschüre „Was ist (m)eine Praxis wert?“ komplett überarbeitet. Sie steht nun bereits als 17. Auflage unseren interessierten Kunden zur Verfügung. Ein weiteres wichtiges Service-Angebot stellt die Praxisabgabe-Datei mit in der Regel meist mehr als 250 Praxen dar, deren Daten interessierten Übernehmern anonymisiert zur Verfügung gestellt werden. Das Service-Paket für Praxisabgeber wird durch spezielle Veranstaltungen und Workshops abgerundet, die regional von den Filialen der Bank durchgeführt werden.

Viel beachtete Investitionsanalyse

Mit besonderem Interesse werden in der Öffentlichkeit die zu Beginn eines Jahres gemeinsam mit dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland (ZI) und dem Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) erstellten und publizierten Ergebnisse der Investitionsanalysen für den Arzt bzw. Zahnarzt zur Kenntnis genommen. Diese Analysen basieren auf den während eines Jahres vorgenommenen Existenzgründungsfinanzierungen und zeigen insbesondere im längerfristigen Ver-



gleich wichtige Erkenntnisse über das Investitionsverhalten auf. Sehr aufmerksam wird dabei vor allem die Entwicklung des bei der Finanzierung von Praxisübernahmen gezahlten Praxiswertes verfolgt.

Neues Beratungsprogramm

Viele selbstständige Heilberufsangehörige kennen nur unzureichend das für die private Lebenshaltung verfügbare Einkommen oder die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel. In den vom Steuerberater erstellten Unterlagen wird zwar der Praxisüberschuss ausgewiesen, nicht aber die Höhe der davon noch zu erbringenden Ausgaben für die Tilgung des Praxiskredits, für die Altersvorsorge oder für Steuern. In dieser Situation stellt das neue Beratungsprogramm INKO CL eine wertvolle Hilfe dar, das im Berichtsjahr gemeinsam mit dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt wurde.

apoconsult-Seminare gut frequentiert

Die Inanspruchnahme unseres betriebswirtschaftlichen Beratungsangebots blieb auch im Berichtsjahr auf hohem Niveau. Unsere Tochtergesellschaft „apoconsult“ führte im Jahr 2002 rund 180 Seminare durch. Das Themenspektrum wird stets entsprechend den Anforderungen aus der Entwicklung des Gesundheitswesens aktualisiert. So lag im Berichtsjahr ein Schwerpunkt auf jenen Seminaren, die als Hilfestellung bei der Lösung solcher Probleme dienen, die sich aus wirtschaftlichen Veränderungen in der Arzt- und Zahnarztpraxis infolge der GKV-Reformen ergaben. Im Vordergrund standen deshalb Themen wie „Liquiditätssicherung“, „Qualitätsmanagement“ und „IGeL-Leistungen“. Seminare zum Thema „Existenzgründung“ und „Praxisabgabe“ wurden entsprechend der sehr lebhaften Entwicklung im Kreditgeschäft forciert angeboten.

Informationen für Steuerberater

Die sehr positive Resonanz auf die in früheren Jahren in Zusammenarbeit mit den Kassenärztlichen Vereinigungen durchgeführten Seminare für Steuerberater zum Thema „GKV-Reform“ war Anlass, diese Veranstaltungsreihe auch 2002 wieder anzubieten. Mit dieser Informationsvermittlung unterstützt die Bank die Steuerberater wirkungsvoll bei der Betreuung ihrer Heilberufs-Klientel.



Bankbetrieb

Neue strategische Projekte Die für den Bankbetrieb relevanten Bereiche unseres Hauses waren neben der Abwicklung von Marktfolgeaufgaben in hohem Maß in die Entwicklung und Umsetzung strategischer Projekte eingebunden. Bei diesen Vorhaben standen einerseits Maßnahmen zur Stärkung des Vertriebs im Vordergrund; andererseits galten die Anstrengungen der Effizienzsteigerung in internen Prozessen. Die Planungen standen dabei unter der generellen Prämisse, auf eine Verbesserung der Ertragssituation bei restriktivem Kostenanstieg hinzuwirken. Unabhängig davon galt es, neben der Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerung eine Reihe von Projekten zur Erfüllung gesetzlicher Auflagen zu realisieren. Hier sind Stichworte wie „Basel II“, „Ablösung der Wertpapier-Kennnummer durch ISIN“, „Einführung des zentralen Kontrahenten CCP“ oder die „EWU-Zinsstatistik“ zu nennen.

Handelsabwicklung erweitert Service In der Handelsabwicklung wurden im Berichtsjahr die Serviceleistungen für unsere Kunden durch die erweiterte Angabe steuerrelevanter Daten verbessert. So wurden erstmals negative Erträge aufgenommen und in der Jahresertragnisaufstellung ausgewiesen. Seit Beginn des laufenden Jahres werden negative Erträge, die bei Investmentfonds und so genannten Finanzinnovationen anfallen können, auch auf allen Einzelbelegen aufgeführt. Außerdem werden unsere Kunden nun auch über Thesaurierungen ausländischer Fonds informiert. Damit entfallen die bisher erforderlichen aufwändigen Recherchen bei den einzelnen Fondsgesellschaften.

Kundenfreundliche Formulare Darüber hinaus wurde damit begonnen, die Formulare im Wertpapiergeschäft sukzessive zu überarbeiten, wobei wir vor allem Wert auf eine kundenfreundliche und klare Darstellung sowie die Angabe nützlicher Zusatz-

informationen gelegt haben. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden die Jahresertragnisaufstellung und die Jahressteuerbescheinigung komplett neu gestaltet.

Neue Anlageform für Versorgungswerke

Im Bereich der Dienstleistungen für die Versorgungswerke der Freien Berufe konnte mit dem Produkt Master-KAG/ Master-Depotbank ein neues innovatives Anlagemedium realisiert werden. Mit der Umsetzung dieses Konzepts werden die Versorgungswerke bei der Steuerung der Pensionsvermögen unterstützt. Die schnelle und kompetente Realisierung dieses Projekts hat zur gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit aber auch zum verbesserten Image unserer Bank im Markt der institutionellen Kapitalanleger beigetragen.

Höheres Volumen im Zahlungsverkehr

Im Zentralen Zahlungsverkehr sowie in den fünf Regionalen Service-Zentren war allein schon aufgrund der erneut deutlich gestiegenen Kundenzahl ein beträchtlich höheres Transaktionsvolumen zu bewältigen. Dabei erwies sich die im Vorjahr durchgeführte Installation hochmoderner interner und externer Systemplattformen zur Unterstützung des Service und der Bearbeitung als richtige Entscheidung. Dies gilt in gleichem Maße für die parallel

dazu eingeleiteten Re-Investitionsmaßnahmen in neueste Beleglese- und Verarbeitungssysteme der Zahlungsverkehrsabwicklung, die neben der hohen Qualität und Leistungsfähigkeit auch die wirtschaftliche Verarbeitung der beleghaft eingereichten Überweisungen sicherstellen.

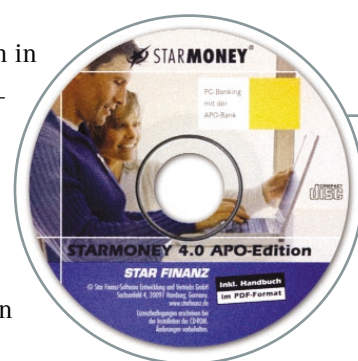
Das ausgeprägte Interesse unserer Kunden am PC-Banking fand einen Niederschlag in der Ausweitung der elektronischen Transaktionen, deren Anteil an den Gesamttrans-



aktionen sich von 31,5% in 2001 deutlich auf 35,9% in 2002 erhöhte. Im Berichtsjahr wurden somit von den 18,4 Millionen zu verarbeitenden Transaktionen 6,6 Millionen online durchgeführt. Trotz dieser Entwicklung nahm die absolute Zahl der beleghaften Transaktionen erneut zu und erreichte 11,8 Millionen.

*Wertpapierhandel
vom Schreibtisch
aus*

Die im September 2001 eingeführte E-Brokerage-Plattform in Verbindung mit der E-Banking-Software „StarMoney APO-Edition“ wurde durch die Entwicklung einer komplexen Systemmanagement-Software mit zahlreichen Schnittstellen zu einem hochverfügbaren Wertpapierhandelssystem ausgebaut. Dieser Service unter dem Namen „apobrokerage“ wird von einer zunehmenden Zahl von Kunden genutzt.



*Unterstützung für
den Wertpapier-
bereich*

Im Asset-Management wurde die Angebotspalette der Bank um die Produkte „Investmentsparplan“ und „Auszahlpläne“ ergänzt. Durch die Kombination vorhandener IT-Komponenten konnten die neu erforderlichen Module rationell realisiert werden. Für das Institutionelle Asset-Management wurde unter anderem ein komplexes Orderrouting-Verfahren entwickelt, während die Vermögensverwaltung durch den Ausbau des vorhandenen Verfahrens TMS 2000 unterstützt wurde, das nun professionelle Reports für die Kunden liefert. Zur Forcierung der vertrieblichen Aktivitäten im Bereich des Asset-Managements für Privatkunden wurden die vorhandenen Abwicklungssysteme des Dienstleisters „BWS-Bank“ optimiert.

*Neue strategische
Projekte*

Vor dem Hintergrund der sich verändernden Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft haben wir im Berichtsjahr unsere Organisation und die internen Arbeitsabläufe intensiv auf Effizienz und Zukunftsfähigkeit überprüft. Die Ergebnisse dieser Analyse haben zur Formulierung verschiedener Organisationsmaßnahmen geführt, die wir im Rahmen diverser strategischer Projekte sukzessive umsetzen. So werden einerseits die Kreditprozesse neu gestaltet und auf die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der „Mindestanforderungen an das



Kreditgeschäft der Kreditinstitute“ ausgerichtet. Andererseits haben wir vorgesehen, weitere Aufgaben aus den Serviceteams der Filialen in unsere Tochtergesellschaft APO Data-Service GmbH zu verlagern, um zusätzliche Beratungskapazitäten „vor Ort“ zu gewährleisten.

*Einheitliche
Nutzeroberfläche*

Um Medienbrüche zu beseitigen und die Bedienoberflächen der IT-Verfahren zu vereinheitlichen, wurde mit der Konzeption „apoworkplace“ ein „Style-Guide“ entwickelt. Damit wollen wir sicherstellen, dass einheitliche Navigations- und Bedienelemente über Verfahrensgrenzen hinweg bei allen Standard-IT-Verfahren zum Einsatz kommen. Ein erster wichtiger Meilenstein wurde Ende 2002 mit dem Einsatz von „apoworkplace-KOR-DOBA“ erreicht.

*Neue Software
für Ergebnis-
steuerung*

Eine für die Bankergebnissteuerung früher selbst entwickelte Interimssteuerung wurde durch das Standard-Controlling-System der SAP abgelöst, das die Ausbauoption zu einem Gesamtbanksteuerungssystem beinhaltet. Im ersten Schritt wurde das Vertriebssteuerungssystem der Bank auf die SAP-Plattform umgesetzt, gleichzeitig wurden die erforderlichen Zuliefer-systeme angebunden.

*Rechenzentrum
umgebaut*

Die im Frühjahr 2001 begonnenen Planungen für den Umbau des Rechen-zentrums der Bank gliederten sich in die Teilprojekte Bau, Elektro- und Klimatechnik. Für alle Bereiche waren umfangreiche Erneuerungen und Installationen vorgesehen. Während der Realisierung der Projekte im Berichtsjahr musste der normale Geschäftsbetrieb aufrechterhalten werden. Die Arbeiten wurden planmäßig fertiggestellt, so dass unsere Bank auch in dieser Hinsicht für die Anforderungen der kommenden Jahre gut gerüstet ist.

*Modernisierungs-
maßnahmen in
Filialen*

Im bankeigenen Immobilienbestand wurden erneut umfangreiche werterhaltende und wertverbessernde Maßnahmen durchgeführt. An den Stand-orten München, Hannover und Würzburg erfolgte eine umfassende Moder-



nisierung der Kassenhallen entsprechend dem durchaus anspruchsvoll zu nennenden Bankstandard. In Hannover wurde außerdem die Fassade unseres Bankgebäudes aufwändig restauriert. In unserer Filiale Osnabrück begannen im Berichtsjahr Renovierungsarbeiten im gesamten Gebäude, die inzwischen abgeschlossen sind.

*Filiale Wuppertal
in neuen Räumen*

Auch bei den angemieteten Immobilien wird ständig überprüft, ob sie den Anforderungen genügen. Für unsere Filiale Wuppertal wurden im Berichtsjahr neue Räume angemietet und dem Bedarf entsprechend um- und ausgebaut. Das neue Domizil konnte im Januar dieses Jahres bezogen werden.

*Neubau der
Hauptverwaltung*

Mit dem Neubau der Hauptverwaltung in Düsseldorf am Seestern soll für die Nutzer des Gebäudes ein kommunikationsförderndes Umfeld geschaffen werden, in dem sich die Büroorganisation an wechselnden Abläufen orientiert. Die Anforderungen an Team- und Einzelarbeit werden in das Raumkonzept integriert. Für die Raumgliederung der einzelnen Gebäudbereiche stehen unterschiedliche Büroformen zur Verfügung. Es haben sich jedoch fast alle Bereiche für das Kombi-Büro entschieden, dessen Transparenz einen angenehmen und großzügigen Raumeindruck vermittelt.

*Transparente
Bauweise*

Auf Basis dieser Vorgaben wurde von den Architekten ein Gebäude konzipiert, dessen großzügige Transparenz und Offenheit den hohen Gestaltungsanspruch räumlich umsetzt. Die klare Gliederung der Räume, der konsequente Einsatz von Glas, das Behaglichkeitskonzept aus Licht- und Luftregulierung, lässt eine gute Akzeptanz der Nutzer erwarten.

*Zügiger
Baufortschritt*

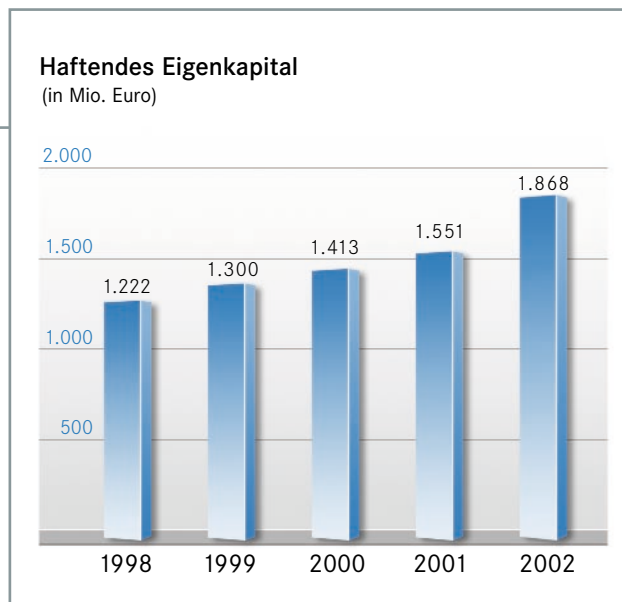
Nur neun Monate nach der Grundsteinlegung für diesen Neubau wurde im Dezember 2002 das Richtfest gefeiert. Die Ausbauarbeiten gingen bereits in den ersten beiden Quartalen des laufenden Jahres zügig voran. Die Fertigstellung samt Einrichtung ist für Dezember 2003 geplant, so dass Anfang 2004 die Hauptverwaltung und die Tochtergesellschaft der Bank in das Gebäude einziehen können.



Eigenkapital

Geschäftsguthaben Die Bank hat im Berichtsjahr – forciert durch eine Werbekampagne –
überdurchschnittlich mehr als 5.400 neue Mitglieder gewinnen können. Per Saldo hat sich die
gestiegen Zahl der Mitglieder um 3.055 auf 93.634 erhöht. Mit deren Beitritt und

der Zeichnung weiterer Geschäftsanteile durch die bisherigen Anteilseigner der Bank in Höhe von rund 114,8 Millionen Euro standen der Bank zum 31.12.2002 Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder in Höhe von 496,1 Millionen Euro zur Verfügung. Wenngleich die Zeichnung von Mitgliedsanteilen sicherlich auch in der attraktiven Rendite für die Mitglieder unserer Bank begründet ist, so darf man doch auch annehmen, dass in der Beteiligung der Heilberufsangehörigen nachhaltig



das Vertrauen unserer Mitglieder in die Sicherheit und die weitere positive Entwicklung des Instituts zum Ausdruck kommt.

Eigenkapitalbasis Neben dem Eigenkapitalzuwachs durch neue Mitglieder stärkt die Bank
gestärkt ihre Kapitalbasis in angemessenem und erforderlichem Umfang aus selbst erwirtschafteten Mitteln. Aufsichtsrat und Vorstand werden der

Vertreterversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 58.522.874,60 Euro den offenen Rücklagen 33,5 Millionen Euro zuzuführen und eine vergleichsweise hohe Dividende von 6 % auszuschütten. So werden der Bank nach Umsetzung der Vorschläge zur Rücklagendotierung und Ausschüttung der Dividende 1,868 Milliarden Euro als haftendes Eigenkapital zur Verfügung stehen.

Gewinnverwendung

	€
Bilanzgewinn	58.522.874,60
Gesetzliche Rücklagen	16.750.000,00
Andere Rücklagen	16.750.000,00
6 % Dividende	25.010.765,33
Vortrag auf neue Rechnung	12.109,27





Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

*Erstmalig große
Mitarbeiterumfrage* Im Jahr 2001 haben wir eine groß angelegte Mitarbeiterumfrage in der Gesamtbank einschließlich unserer Tochtergesellschaft APO Data-Service GmbH durchgeführt. Unterstützt durch die auf diesem Gebiet renommierte FGH Forschungsgruppe Hamburg wurde die für einen ersten Durchgang beachtliche Rücklaufquote von rund 70 % erreicht. Nach Vorstellung des Gesamtergebnisses vor dem Vorstand und den Leitenden der Bank wurde im Berichtsjahr allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Ergebnisbrochure zur Verfügung gestellt.

*Interne
Moderation* Zur Koordination der weiteren Vorgehensweise haben wir ein zentrales Steuerungsteam ins Leben gerufen, um die Abläufe nach der Umfrage und die Umsetzung der geplanten Aktivitäten aus einer Hand steuern zu können. Das Gesamtergebnis der Bank ergibt sich aus ca. 95 einzelnen Auswertungseinheiten. Einzelne Auswertungseinheiten stellen beispielsweise eine Filiale, einen Bereich der Hauptverwaltung oder auch eine einzelne Abteilung dar. Weil unsere Bank die sich aus der Umfrage ergebenden Veränderungen aus sich selbst heraus erkennen und steuern möchte, wurden 20 Mitarbeiter zu Moderatoren ausgebildet. Diese haben die Präsentation der Ergebnisse vor Ort in den einzelnen Auswertungseinheiten übernommen und im Anschluss daran mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern daraus resultierende Aktivitäten geplant und den Veränderungsprozess begleitet.

*Engagierte
Mitarbeit* Übergeordnete Themen und solche Aspekte, die nicht in den Filialen geklärt werden konnten, wurden zentral dem Steuerungsteam übermittelt, um von dort aus die Problemlösung voranzutreiben. Es kann nur als bei-

spielhaft bezeichnet werden, mit welchem großem Engagement die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort bereit waren, Verbesserungspotenziale herauszufinden, daraus Aktivitäten abzuleiten und diese auch nachhaltig umzusetzen.

*Chats mit dem
Vorstand*

Während des gesamten nachfolgenden Prozesses wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter monatlich durch schriftliche Kurzinformationen über den aktuellen Stand der Veränderungen von übergeordneter Natur unterrichtet. Außerdem stellten sich alle Mitglieder des Vorstands an jeweils zwei Terminen in bankinternen Chats den Fragen und Anregungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

*Zusammen-
fassender
Abschlussbericht*

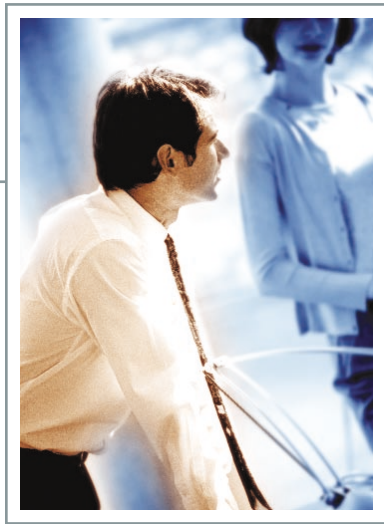
Mitte des laufenden Jahres wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein vorläufiger Abschlussbericht zur Mitarbeiterumfrage zur Verfügung gestellt, der kurz auf die Historie, auf die Vorgehensweise und auch auf die eingeleiteten Maßnahmen eingehen wird. Mit Veröffentlichung des Abschlussberichtes sind die Veränderungsprozesse selbstverständlich nicht beendet. Wir planen, zum Ende des Jahres 2004 eine weitere Mitarbeiterumfrage durchzuführen, um die Auswirkungen der Veränderungen aus der Mitarbeiterumfrage 2001 überprüfen zu können.

*Erfolg bei
Unternehmens-
planspiel*

Besonders erfolgreich waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank bei dem diesjährigen Dienstleistungsplanspiel der USW Schloß Gracht. Wir unterstützen die Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an diesem Planspiel, damit diese außerhalb der täglichen Arbeit zusätzliche Erfahrungen und Erkenntnisse erlangen. Alle fünf Teams der APO-Bank erreichten das Viertelfinale, das Team aus Berlin sogar das Finale, bei dem ein hervorragender dritter Platz erkämpft wurde. Auch im Jahr 2003 werden wieder mehrere Teams unseres Hauses mit ihren virtuellen Unternehmen an dem Unternehmensplanspiel teilnehmen.

*Ausbildung
interner Trainer*

Die Bank hat im Berichtsjahr mehrere so genannte interne Trainer ausgebildet, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unternehmensspezifische Besonderheiten der hauseigenen Produkte und Dienstleistungen zu vermitteln. Ein Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass die Trainer mit den Besonderheiten unserer Bank besonders gut vertraut sind und insofern ganz spezifisch auf die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingehen können. Die internen Trainer haben – zusätzlich zu ihrer haupt-



beruflichen Tätigkeit – ihre Seminare inhaltlich selbst gestaltet, selbst Konzepte sowie den Seminaraufbau entwickelt und die erforderlichen Materialien erstellt.

Ausgebildet wurden die internen Trainer durch eine mehrstufige Seminarreihe, die das erforderliche „Trainer-Handwerkszeug“ sowie Methodik und Didaktik vermittelte. Da die Teilnehmer an den bankinternen Seminaren sowohl in der Sachbearbeitung als auch in beratenden Funktionen tätig sind, werden einheitliche Denkweisen gefördert und die unterschiedlichen Sichtweisen reduziert. Aufgrund des enormen Einsatzes der internen Trainer wurde ein hoher Praxisnutzen erreicht und das Wissen in den beruflichen Alltag übertragen. Das Feedback der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Seminare besucht haben, ist durchweg hervorragend. Die guten Erfahrungen mit den internen Trainern haben uns bewogen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank weitere Seminarinhalte durch interne Trainer zu vermitteln.

*Konzepte für
die Altersvorsorge*

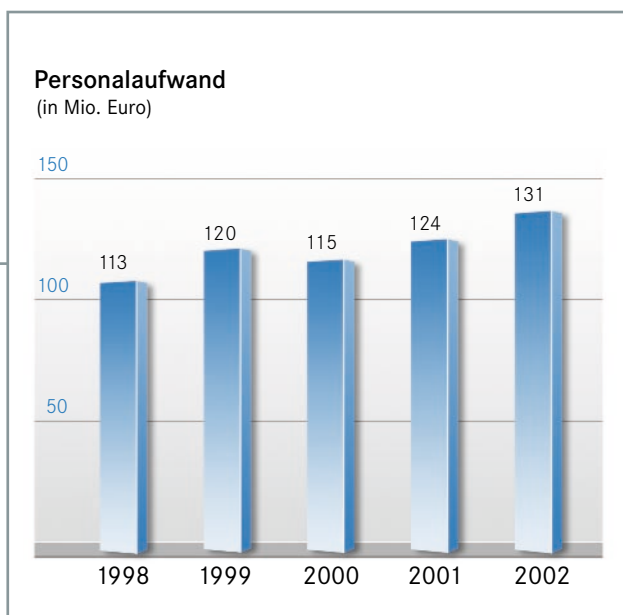
Im Rahmen der gesetzlichen Veränderungen der Altersversorgung hat die Bank zwei Modelle konzipiert, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer privaten Altersversorgung unterstützen. Die Entgeltumwandlung ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum jetzigen Zeit-

punkt, Entgelte steuerfrei in eine Altersversorgung einzubringen, um im Alter, mit einem dann wahrscheinlich niedrigeren Steuersatz, die aufgelaufenen Gelder zuzüglich der Verzinsung ausgezahlt zu bekommen. Im Vergleich zu anderen Unternehmen konnte unsere Bank somit sehr frühzeitig ein Konzept vorstellen, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, fundierte Entscheidungen für die Versorgung im Alter zu treffen. Das große Interesse an den angebotenen Möglichkeiten zeigt, welche Bedeutung die eigene Altersversorgung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Bank hat.

Höherer Personalaufwand

Der Personalaufwand wurde im Berichtsjahr auf 130,7 Millionen Euro ausgeweitet. Für den Anstieg der Personalkosten sind schwerpunktmäßig Tariferhöhungen sowie Neueinstellungen beziehungsweise personelle Ver-

stärkungen in den Bereichen Vermögens- und Anlageberatung und Kundenberatung verantwortlich. Darüber hinaus wurde vorsorglich eine Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen gebildet. Im Jahre 2002 hat sich die Zahl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 4,2 % auf 1.879 erhöht.



Risikobericht

Risiko-Management als Kernkompetenz Risiken im Bankgeschäft sind immanent. Das Management von Kredit-, Markt- und operativen Risiken stellt uns zunehmend vor Herausforderungen, denen wir durch ständig weiterentwickelte Ansätze im Risiko-Management oder durch Anpassung von Prozessen begegnen. Wir haben uns diesen Anforderungen gestellt und das Risiko-Management im Berichtsjahr als Kernkompetenz weiterentwickelt, um auch zukünftig mit den eingegangenen Risiken verantwortungs- und ergebnisbewusst umzugehen.

Organisation des Risiko-Managements Markt-, Adressenausfall-, Liquiditäts- und operative Risiken sind Teil des Bankgeschäfts. Deren Identifikation, Analyse, Steuerung und Überwachung ist permanente Aufgabe des Risiko-Managements. Hierzu werden moderne Prozesse, aber auch geeignete mathematisch-statistische Verfahren und Methoden zur Quantifizierung dieser Risiken eingesetzt. Risiko-Management bezeichnet die Identifizierung, Messung, Kontrolle und Steuerung der eingegangenen Risiken. Nicht nur um Interessenkonflikten vorzubeugen, sondern auch aufgrund der Komplexität der Aufgabe und der auch aufsichtsrechtlich geforderten Transparenz haben wir verschiedene Organisationseinheiten mit diesen Aufgaben betraut: Die Formulierung und Durchsetzung der Risiko-Politik der Bank obliegt den Mitgliedern des Vorstands. Die Steuerung der Markt- und Liquiditätsrisiken obliegt in der operativen Umsetzung dem Unternehmensbereich „Treasury/Geschäftsplanung“ auf Grundlage der vom Vorstand verabschiedeten Rahmenbedingungen. Der Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ trägt die Verantwortung für die Steuerung des Adressenausfallrisikos.

Profil für das Risiko-Controlling Die Verantwortung für die Risiko-Messung und das Risiko-Reporting sowie die Qualitätssicherung der Risiko-Daten obliegt für alle Risiko-Arten dem Fachbereich „Risiko-Controlling“. Zu den Aufgaben dieses Bereichs

gehören neben der Implementierung der verschiedenen Methoden zur Risiko-Messung die Datenbereitstellung und die laufende Risiko-Messung einschließlich der Überprüfung der Verlässlichkeit der gewählten Modelle. Eine weitere wesentliche Aufgabe besteht in der Entwicklung und Bereitstellung eines regelmäßigen Berichtssystems, das Analysen der eingegangenen Risiken für alle Managementebenen liefert.

<i>Kontrollgremien eingebunden</i>	Um den eigenen hohen Standards gerecht zu werden, sind im Risiko-Managementprozess darüber hinaus eingebunden: Der Aufsichtsrat, er übt eine Kontrollfunktion in Bezug auf die Maßnahmen zur Risiko-Steuerung und -Begrenzung aus. Die interne Revision, sie unterzieht die am Risiko-Managementprozess beteiligten Organisationseinheiten einer regelmäßigen, intensiven Prüfung.
<i>Risiko-Steuerungsgrößen</i>	Um ein funktionierendes Risiko-Management zu gewährleisten, müssen die zur Messung und Steuerung der Risiken benutzten Verfahren und Methoden qualitativen Anforderungen hinsichtlich folgender Aspekte genügen: Es sollen alle relevanten risikoverursachenden Einflüsse berücksichtigt werden. Die Methoden werden im täglichen Risiko-Managementprozess eingesetzt. Die Verfahren sind ausführlich dokumentiert und werden permanent validiert. Für außergewöhnliche Ereignisse (zum Beispiel die des 11. September 2001) müssen spezielle Szenario-Analysen entwickelt und regelmäßig durchgeführt werden.
<i>Marktpreisrisiken</i>	Unter Marktpreisrisiko verstehen wir den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen, Preisen und durch Volatilitäten an den Märkten für unsere Anlage-Positionen entstehen kann. Wir haben sichergestellt, dass Handelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risiko-Potenzial der Geschäfte haben wir durch ein bankinternes Limit-System begrenzt. Dieses wird permanent überwacht und kontrolliert. Bei der Festlegung der Limite wurde die bankindividuelle Risikotrag-

fähigkeit berücksichtigt. Der Bereich „Treasury/Geschäftsplanung“ ist für die Steuerung der zinsfesten und zinsvariablen Geschäfte auf der Gesamtbankenebene verantwortlich. Zu diesem Zweck werden auf der Basis und unter Annahme verschiedener Zins-Szenarien mithilfe entsprechender Treasury-Software umfangreiche DV-gestützte Simulationsrechnungen aufgestellt, um die Auswirkungen der Marktrisiken darzustellen, zu analysieren und geeignete Hedge-Maßnahmen mittels Einsatz von „Financial Instruments“ zur Beherrschung und Eingrenzung der Marktpreisrisiken zu treffen. Darüber hinaus werden für definierte Portfolios Zinsänderungsrisiken laufend aktiv organisiert und die jederzeitige Zahlungsbereitschaft gesteuert. Im Hinblick auf die Marktrisiken haben wir geeignete Verfahren installiert, die eine Überwachung der Handelsgeschäfte sicherstellen. Die betroffenen Fachbereiche haben wir weiterhin sowohl personell als auch fachlich verstärkt, um den aktuellen Anforderungen jederzeit zu entsprechen. Die Limite werden auf Basis von Sensitivitäten bzw. als Volumenslimite ermittelt. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, dass die gesetzten Grenzen das ganze Jahr über eingehalten wurden.

Limit-Ausnutzung 2002 (Maximum jeweils 100 %)

	März	Juni	September	Dezember
Marktpreisrisiken				
Währungsrisiken				
- Devisen/Sorten/Edelmetalle	34,67 %	29,87 %	24,80 %	22,13 %
Zinsänderungsrisiken				
- Geldhandel	23,05 %	24,16 %	19,03 %	20,50 %
- Liquiditätsreserve	65,16 %	60,41 %	61,51 %	61,59 %
Adressenausfallrisiken				
Emittentenrisiko verbrieft	48,49 %	50,88 %	65,75 %	59,50 %
Kreditrisiko unverbrieft	55,51 %	53,12 %	42,42 %	36,62 %
Wiedereindeckungsrisiko	26,41 %	29,74 %	36,83 %	36,55 %
Abwicklungsrisiko	7,57 %	10,11 %	6,46 %	20,02 %

Kreditausfallrisiken Die Ausprägungsformen des Kreditrisikos umfassen das Ausfall-, Länder- und Abwicklungsrisiko. Das Ausfallrisiko besteht im teilweisen oder vollständigen Ausfall von vertraglich zugesicherten Zahlungen eines Kreditnehmers oder Vertragspartners. Adressenausfallrisiken entstehen im Kreditgeschäft mit Kunden und im Handels- und Anlagebestand der Bank durch Kontrahenten und Emittenten. Für jeden Bereich wird das Adressenausfallrisiko kontrolliert und limitiert. Länderrisiken sind für die Bank von völlig untergeordneter Bedeutung, sie werden ungesichert nur für Länder der EU und für die USA eingegangen. Abwicklungsrisiken entstehen bei Erfüllung von Geschäftsverträgen in der Zukunft und werden durch geeignete Limite überwacht.

Ausfallrisiko
Kreditgeschäft Im Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ wird das Kreditgeschäft mit Kunden auf Portfolioebene überwacht. Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Zusammenwirken mit den regional zuständigen Kreditsekretariaten und den Filialen. Die von den Filialen vorgeprüften Kreditanträge der Kunden werden in den regionalen Kreditsekretariaten bearbeitet. Auf der Grundlage kundenindividuell erstellter Kapitaltragfähigkeitsberechnungen, welche die bisher erbrachten beziehungsweise prognostizierten Einkommenszahlen sowie die Verschuldung des Kunden unterlegen, wird unter Hinzuziehung weiterer Parameter geprüft, ob der Investitionswunsch des Kunden wirtschaftlich tragbar erscheint. Bei dieser Prüfung ist die langjährige Erfahrung im Bereich der Heilberufe eine unabdingbare Voraussetzung, um zu einem ausgewogenen Krediturteil zu kommen. Die abschließende Entscheidung wird größenordnungsabhängig von den beteiligten Stellen getroffen. Zur Entscheidungsunterstützung wurde in den vergangenen Jahren eine DV-basierte Bonitäts-Prüfung entwickelt, die auf Basis historischer Daten und unter Einbeziehung quantitativer Modelle, die das Expertenwissen der Bank widerspiegeln, die Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kunden ermittelt.

<i>Ausfallrisiko Kontrahenten/ Emittenten</i>	Bei dem Ausfallrisiko von Kontrahenten und Emittenten handelt es sich um alle Adressenausfallrisiken, die nicht unter das Kunden-Kreditgeschäft fallen. Diese Risiken werden im Bereich „Risiko-Controlling“ zentral limitiert und kontrolliert. Die Steuerung der Ausfallrisiken erfolgt basierend auf der Beurteilung externer Rating-Agenturen und der aktuellen wirtschaftlichen Daten der Unternehmen.
<i>Portfoliosteuerung der Kreditrisiken</i>	Im Rahmen des bankübergreifenden Projekts „Umsetzung Basel II“ entwickelt die Bank weitere fortgeschrittene speziell auf die Bank zugeschnittene Methoden um das Kreditrisiko auf Portfolioebene zu analysieren und zu steuern. Für ausgewählte Portfolios wird das Kreditrisiko-Portfoliomodell CreditMetrics als Steuerungsinstrument zurzeit eingeführt.
<i>Risiko-Konzentrationen abbauen</i>	Die bereits eingesetzten quantitativen Verfahren und Methoden liefern Einblicke in unser Kreditportfolio, die dazu dienen, Risiko-Konzentrationen zu erkennen und gegebenenfalls abzubauen. Durch die begonnene Einführung der fortgeschrittenen, Methoden werden diese Steuerungsinstrumente weiter verbessert. Im Bereich „Risiko-Controlling“ wurde mit dem Aufbau der Gruppe „Kreditrisiko-Controlling“ begonnen, die sich speziell mit der Weiterentwicklung der Methoden zur Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene und den fortgeschrittenen Anforderungen aus Basel II befasst. Wie auch in den vergangenen Wirtschaftsjahren hat die Bank zum 31.12.2002 eine ausreichende Risikovorsorge getroffen.
<i>Liquiditätsrisiko</i>	Das Liquiditätsrisiko stellt das Risiko der Deutschen Apotheker- und Ärztebank dar, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht beziehungsweise nicht umfassend nachkommen zu können. Der Bereich „Treasury/Geschäftsplanung“ ist für die Steuerung des Liquiditätsrisikos verantwortlich. Wesentliche Instrumente zur Steuerung des Liquiditätsrisikos stellen das European Medium Term Note-Pro-

gram und das weitergeführte Commercial Paper-Program dar. Die Liquiditätsreserve der Bank wurde deutlich ausgebaut und durch eine gleichzeitige Diversifikation des Portfolios das Kreditrisiko optimiert.

Beteiligungsrisiken Aufgrund der Bedeutung der strategischen Beteiligungen für die Unterstützung der Kerngeschäfte der Bank wurde das Beteiligungs-Management weiter ausgebaut. Dieses begleitet Beteiligungen und berichtet regelmäßig an den Vorstand, der Vorstand wiederum berichtet regelmäßig an den Aufsichtsrat.

Operative Risiken Unter operativen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten, die infolge des Versagens oder der Unangemessenheit von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse eintreten. Die im Rahmen des bankübergreifenden Projekts „Umsetzung Basel II“ begonnene Einführung eines neuen den Anforderung von Basel II entsprechenden Steuerungsinstruments wurde weitergeführt.

Projekt Basel II Wir haben zur Umsetzung der voraussichtlichen Regelungen der neuen Basler Eigenkapitalübereinkunft („Basel II“) Ende 2001 ein umfangreiches Projekt begonnen, das in mehreren Teilprojekten den auf internen Ratings basierenden umfassenden Ansatz (IRB-Ansatz) realisieren wird. Unser Ziel ist es, neben der weiteren Verbesserung der Risikomanagement- und Risikocontrollingfunktionalitäten die Eigenkapitalbelastung für die Bank zu minimieren. Proberechnungen, auch im Rahmen unserer Teilnahme an den von der Bankenaufsicht durchgeführten Quantitative Impact Studies (QIS), bestätigen diese Erwartung.

Projekt MaK Mit den „Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute“ (MaK) geht die Bankenaufsicht einen weiteren Schritt in Richtung qualitativer Bankenaufsicht, indem – neben der Eigenmittelsituation der Institute sowie der Einhaltung der Regelungen zur Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer, der Organkreditregelungen und der Groß-

kreditbegrenzungen – das Kreditrisikomanagement stärker in den Fokus der Aufsicht rückt. Für das interne Kontrollsystem im Bereich der Handelsgeschäfte sowie die Prozess unabhängigen internen Kontrollen der Institute gelten mit den „Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften“ (MaH) und den „Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision“ (MaIR) bereits seit längerem verbindliche Qualitätsstandards. Die MaK schließen die Lücke für das Kreditgeschäft. Im Rahmen eines bankweiten Projekts wird sichergestellt, dass die neuen Anforderungen der MaK im Jahr 2004 erfüllt werden.

Ausblick

Vorgänge mit besonderer herausgehobener wirtschaftlicher Bedeutung haben sich nach Abschluss des Geschäftsberichtsjahres nicht ergeben.

*Weitere Ertrags-
verbesserung in
2003*

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2003 im Vergleich zum Berichtsjahr einen weiter verbesserten Zinsüberschuss. Grundlage hierfür ist nach wie vor ein qualitätsorientiertes Wachstum im Kreditgeschäft. Ferner gehen wir davon aus, dass das Provisionsergebnis trotz der weiter verhaltenen Börsenstimmung das Ergebnis des Berichtsjahres erreicht. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres wird unter diesen Voraussetzungen das Ergebnis des Berichtsjahres übersteigen, zumal durch ein stringentes Kostenmanagement der Anstieg des Verwaltungsaufwands nochmals abgeschwächt wird.

In Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat sich der Aufsichtsrat während des Geschäftsjahres regelmäßig vom Vorstand über alle wesentlichen Vorgänge in den turnusmäßigen Sitzungen, in den Sitzungen des Personalausschusses, des Wirtschafts- und Finanzausschusses sowie des Kreditausschusses unterrichten lassen.

Grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik auf dem Anlage- und Kreditsektor sowie in den übrigen Dienstleistungsbereichen wurden dabei ebenso erörtert wie die Ertragsentwicklung, die Geschäftsplanung und wichtige Einzelvorgänge. Besonderen Raum nahm die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Heilberufssektor in ihren Auswirkungen auf die Bank ein. Die aufgrund gesetzlicher und satzungsmäßiger Bestimmungen zur Genehmigung vorgelegten Geschäfte wurden intensiv behandelt.

Darüber hinaus waren die allgemeine wirtschaftliche Lage der Heilberufe, die in diesem Zusammenhang von der Bank konzipierten Fördermaßnahmen zur Stabilisierung der finanziellen Basis ihrer Kunden sowie die Projekte und Maßnahmen im Rahmen der internen Optimierung und die strategische und die zukünftige Ausrichtung der Bank Gegenstand eingehender Beratungen.

Die PwC Deutsche Revision AG - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - hat für den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e.V. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2002 durchgeführt. Nach dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk entsprechen sie Gesetz und Satzung. Der Aufsichtsrat hat zustimmend vom Ergebnis der Prüfung Kenntnis genommen.

Mit dem Lagebericht, dem Jahresabschluss und dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Jahresabschlusses erklärt sich der Aufsichtsrat nach seiner Prüfung einverstanden. Der Vorschlag entspricht den Vorschriften der Satzung.

In seiner Sitzung am 28. November 2002 hat der Aufsichtsrat Herrn Günther Herion in den Vorstand der Bank berufen. Herr Herion hat seine Tätigkeit als Mitglied des Vorstands der Deutschen Apotheker- und Ärztebank am 1. April 2003 aufgenommen.

Der Aufsichtsrat hält es grundsätzlich für sinnvoll, auf freiwilliger Basis die Transparenz und Publizität betreffenden Bestimmungen des für Aktiengesellschaften erlassenen TransPubGesetzes sowie des Corporate Governance Kodex zu befolgen. Er hat deshalb in seiner Sitzung am 20. März 2003 die Anwendung des „Corporate Governance Kodex der Deutschen Apotheker- und Ärztebank“ beschlossen. Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank ist damit die erste genossenschaftliche Primärbank, die den Corporate Governance Kodex umgesetzt hat.

Da die rechtlich relevante Mitarbeiterzahl im Verlauf des Jahres 2003 die Grenze von 2.000 überschreitet, wird entsprechend dem „Mitbestimmungsgesetz 1976“ ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat gewählt. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat findet am 11. Juni 2003 statt; die Vertreter seitens der Kapitaleigner werden im Rahmen der Vertreterversammlung am 27. Juni 2003 gewählt.

Düsseldorf, im Mai 2003

Der Aufsichtsrat

Dr. med. dent. Wilhelm Osing
Vorsitzender

Jahresabschluss 2002

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Aktivseite

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			19.812.106,23		15.397
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			91.029.235,52		179.735
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	91.029.235,52				(179.735)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	110.841.341,75	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			88.649.166,40		244.943
b) andere Forderungen			1.423.530.472,35	1.512.179.638,75	2.651.483
4. Forderungen an Kunden				15.311.396.961,63	13.513.873
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.299.943.807,37				(2.092.766)
Kommunalkredite	202.620.236,46				(104.591)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		871.021.309,50	871.021.309,50		129.420
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		113.493.002,26			135.917
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	113.493.002,26				(135.917)
bb) von anderen Emittenten		2.856.244.578,16	2.969.737.580,42		3.145.209
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.818.468.696,95				(2.551.578)
c) eigene Schuldverschreibungen			107.672.975,67	3.948.431.865,59	89.828
Nennbetrag	105.364.065,53				(87.474)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.330.785.960,07	56.498
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			3.594.192,17		14.131
darunter: an Kreditinstituten	222.032,10				(4.608)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			6.253.647,26	9.847.839,43	6.254
darunter: bei Kreditgenossenschaften	6.240.102,26				(6.240)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				45.514.292,70	41.994
darunter: an Kreditinstituten	3.599.733,82				(3.600)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.292.236,21				(1.292)
9. Treuhandvermögen				3.032.803,64	3.199
darunter: Treuhandkredite	295.283,01				(461)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				0,00	0
12. Sachanlagen				181.116.112,29	154.265
13. Sonstige Vermögensgegenstände				391.800.434,77	329.580
14. Rechnungsabgrenzungsposten				52.902.047,38	38.073
Summe der Aktiva				22.897.849.298,00	20.749.799

Passivseite

	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			751.867.732,55		930.885
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			4.398.501.610,97	5.150.369.343,52	3.824.111
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		243.524.239,42			256.758
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		359.689.512,49	603.213.751,91		376.501
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		3.372.960.920,68			2.843.396
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.385.837.705,00	8.758.798.625,68	9.362.012.377,59	5.414.713
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			6.409.068.087,31		5.456.400
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	6.409.068.087,31	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
4. Treuhandverbindlichkeiten				3.032.803,64	3.199
darunter: Treuhandkredite	295.283,01				(461)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				207.027.337,05	172.099
6. Rechnungsabgrenzungsposten				92.346.698,40	70.251
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			63.036.708,00		58.452
b) Steuerrückstellungen			8.975.540,27		4.479
c) andere Rückstellungen			21.269.872,93	93.282.121,20	25.388
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				217.251.871,78	192.001
10. Genusrechtskapital				349.968.427,72	299.969
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				42.000.000,00	0
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			507.512.893,40		389.669
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		202.471.584,96			187.133
cb) andere Ergebnisrücklagen		202.982.876,83	405.454.461,79		187.644
d) Bilanzgewinn			58.522.874,60	971.490.229,79	56.751
Summe der Passiva				22.897.849.298,00	20.749.799
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		254.981.435,24			203.987
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	254.981.435,24		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		809.214.200,76	809.214.200,76		630.635

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2002 bis 31.12.2002	€	€	€	€	Vorjahr T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		954.213.809,74			972.363
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		176.039.075,99	1.130.252.885,73		163.083
2. Zinsaufwendungen			773.392.828,54	356.860.057,19	797.221
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.378.690,36		1.824
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			1.651.571,05		7.197
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			143.161,73	4.173.423,14	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			102.402.899,90		96.903
6. Provisionsaufwendungen			22.145.040,89	80.257.859,01	19.640
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften				5.389.772,09	3.754
8. Sonstige betriebliche Erträge				12.265.368,58	6.962
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		109.887.344,16			101.312
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		20.770.144,26	130.657.488,42		22.248
darunter: für Altersversorgung	4.974.257,93				(7.236)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			121.713.225,42	252.370.713,84	118.285
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				15.303.996,59	14.143
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				13.830.002,28	13.210
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			63.381.502,39		45.093
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	-63.381.502,89	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			4.011.381,25		15.843
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			40.029.790,23	36.018.408,98	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				150.078.673,89	105.091
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			49.201.059,83		48.099
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			367.366,98	49.568.426,81	248
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				42.000.000,00	
25. Jahresüberschuss				58.510.247,08	56.744
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				12.627,52	7
				58.522.874,60	56.751
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Rücklagen			0,00	0,00	0
				58.522.874,60	56.751
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in andere Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
29. Bilanzgewinn				58.522.874,60	56.751

A. Allgemeine Angaben

- Der Jahresabschluss wurde gemäß Artikel 42 Abs. 1 EGHGB erstmalig in EURO aufgestellt. Die Angabe der Vorjahreszahlen gemäß § 265 Abs. 2 HGB sowie die Darstellung der Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens gemäß § 268 Abs. 2 HGB i. V. m. § 34 Abs. 3 RechKredV wurde gemäß Artikel 42 Abs. 2 EGHGB in EURO vorgenommen. Die Umrechnung erfolgte nach dem vom Rat der Europäischen Union unwiderruflich festgelegten Umrechnungskurs. Aufgrund der Umrechnung können sich EDV-bedingte Differenzen ergeben.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert oder den Anschaffungskosten angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag passiv abgegrenzt wurde. Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen gedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde unter Berücksichtigung der steuerlichen Richtlinien eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute wurde zusätzliche Vorsorge getroffen.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, die des Anlagevermögens nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Abschreibungen wurden bei Gebäuden linear über die Nutzungsdauer bzw. mit fallenden Staffelsätzen, beim beweglichen Sachanlagevermögen linear über die Nutzungsdauer vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter i. S. des § 6 Abs. 2 EStG wurden voll abgeschrieben.

Die Verbindlichkeiten wurden grundsätzlich zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag passiviert. Unterschiedsbeträge zwischen dem niedrigeren Ausgabebetrag und dem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten wurden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und periodengerecht aufgelöst. Abgezinste Sparbriefe und Schuldverschreibungen wurden zum Barwert ausgewiesen.

Für alle laufenden Pensionen und Pensionsanwartschaften haben wir nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des steuerlichen Zinssatzes Rückstellungen berechnet. Bei der Zuführung zu den Rückstellungen wurde der Zinsanteil von € 3.295.837 gem. § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB erstmalig unter dem Zinsaufwand ausgewiesen.

Auch für die übrigen ungewissen Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

- Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauteten, wurden in EURO wie folgt umgerechnet:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden mit den historischen Anschaffungskursen bewertet.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte haben wir mit dem Kassamittelkurs umgerechnet. Für die Umrechnung nicht abgewickelter Termingeschäfte haben wir den Terminkurs am Bilanzstichtag herangezogen. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung wurden vereinnahmt.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2002 (volle EURO)

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen (+ / -)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwert am Bilanzstichtag	Abschreibungen Geschäftsjahr
	€	€	des Geschäftsjahres		€	€	€	€
Immaterielle Anlagewerte	0	0	0	0	a) 0 b) 0	0	0	0
Sachanlagen:								
a) Grundstücke und Gebäude	186.798.216	32.196.864	0	0	a) 287.413 b) 0	68.974.258	149.733.409	4.615.447
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	103.674.527	10.368.784	0	0	a) 10.160.699 b) 0	72.499.909	31.382.703	10.688.549
a.	290.472.743	42.565.648	0	0	10.448.112	141.474.167	181.116.112	15.303.996

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	€	€	€
Wertpapiere des Anlagevermögens	0	17.520.555	17.520.555
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	20.384.178	-10.536.339	9.847.839
Anteile an verbundenen Unternehmen	41.993.629	3.520.664	45.514.293
b.	62.377.807	10.504.880	72.882.687
Summe a und b	352.850.550		253.998.799

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind € 139.257.738 Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:
(Vorjahreszahlen in Klammern)

	Zinsab- abgrenzung	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	€	€	€	€	€
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	204.407.811 (161.054.958)	1.040.048.473 (2.030.850.368)	105.445.000 (271.355.026)	51.129.188 (102.143.336)	22.500.000 (86.079.188)
Forderungen an Kunden (A 4)	3.004.168 (3.743.866)	330.968.624 (309.723.478)	601.056.374 (557.256.896)	3.463.987.145 (3.134.123.952)	8.756.317.024 (7.732.913.883)

- In den Forderungen an Kunden (A 4) sind € 2.156.063.627 (Vorjahr: € 1.776.110.912) Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.
- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr € 1.090.106.380 (Vorjahr: € 646.800.712) fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an				€
	verbundene Geschäftsjahr	Unternehmen Vorjahr	Beteiligungsunternehmen Geschäftsjahr	Beteiligungsunternehmen Vorjahr	
	€	€	€	€	€
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)		0	0	165.176.473	163.401.206
Forderungen an Kunden (A 4)		2.560.423	404.706	60.586.284	67.574.704
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)		0	0	0	188.936.687

- In folgenden Posten sind enthalten:
(Vorjahreszahlen in Klammern)

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsen- notiert	nicht mit dem Niederstwert bewerte- tete börsenfähige Wertpapiere
	€	€	€	€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	3.948.431.866 (3.500.374.916)	3.334.600.267 (2.895.485.718)	613.831.599 (604.889.198)	0 (0)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	9.005.384 (5.462.527)	9.005.384 (5.413.633)	(0) (48.894)	4.911.225 (0)
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	2.595.006 (6.443.005)	2.481.828 (6.329.828)	113.178 (113.178)	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	

- Die Genossenschaft besitzt Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Eine entsprechende Aufstellung ist beim Amtsgericht - Genossenschaftsregister - Mühlenstraße 34, 40213 Düsseldorf, hinterlegt und kann dort eingesehen werden.

Ein Konzernabschluss wurde im Hinblick auf § 296 Abs. 2 HGB nicht aufgestellt, weil die Unternehmen insgesamt für die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen Treuhandkredite über € 295.283 und treuhänderisch gehaltene Gesellschaftseinlagen von € 2.737.521.

• Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:	€
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	142.621.661
Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.382.703

• Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende Beträge größeren Umfangs enthalten:	€
Aktiviert Prämien aus Optionen	346.075.405

- In den Rechnungsabgrenzungsposten sind € 51.217.318 Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten enthalten.
- Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von € 25.000.000 übertragen. Der für die Übertragung erhaltene Betrag wurde passiviert.
- Nachrangige Vermögensgegenstände sind in den Posten „Forderungen an Kreditinstitute“ (€ 66.129.188), „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (€ 3.776.940) mit insgesamt € 69.906.128 (Vorjahr: € 76.416.829) enthalten.
- In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von € 46.558.429 enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind € 682.121.291 Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

(Vorjahreszahlen in Klammern)	Zinsabgrenzung	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	€	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	246.319.080 (157.757.665)	443.035.309 (590.621.968)	282.705.795 (373.582.063)	1.569.464.596 (873.436.254)	1.856.976.831 (1.828.712.911)
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	0 (0)	152.063.367 (165.467.177)	150.745.370 (145.909.527)	51.983.534 (60.422.226)	4.897.241 (4.702.100)
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	64.391.781 (58.186.618)	2.859.156.667 (3.032.040.533)	383.416.541 (205.203.271)	1.032.326.263 (1.139.800.193)	1.046.546.453 (979.482.057)
Andere verbriefte Verbindlichkeiten (P 3b)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)

Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr € 1.668.720.366 (Vorjahr: € 1.108.881.768) fällig.

- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	€
Passivierte Prämien aus Optionen	158.689.544
Zinsen Genussscheine	21.230.171
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt und Sozialversicherungsträgern	9.717.387

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, über € 87.366.284 enthalten.

- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten):

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von € 11.216.935 an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen.

Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten beträgt 8, 10 und 25 Jahre.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit folgenden Zinssätzen ausgestattet:

Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen variabel mit 6 Monats-Libor zuzüglich 0,4 % bis 0,6 % und mit 6 Monats-Euribor zuzüglich 1 % sowie mit Festzinssatz von 5,3 %.

Nachrangige Schuldscheindarlehen mit Festzinssätzen von 4,76 % bis 7,55 %.

Im Berichtsjahr wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Nominalbetrag von insgesamt € 25.000.000,- neu begeben.

Im Bestand ist ein nachrangiges Schuldscheindarlehen im Nominalbetrag von € 25.000.000,-, fällig im Oktober 2011 und mit einem Zinssatz von 6,10 %, welches zehn von Hundert des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigt.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr	
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	883.643	704.262	191.180.639	164.291
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	525.246.874	627.421.974	30.321.426	32.518.338
verbrieftete Verbindlichkeiten (P 3)	2.077.349	2.366.749	212.983.318	33.876.617
nachrangige Verbindlichkeiten (P 9)	0	0	0	0

- In den Verbindlichkeiten sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von € 963.492.052 enthalten.

- Die unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	€
a) der verbleibenden Mitglieder	496.087.798
b) der ausscheidenden Mitglieder	10.092.519
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	1.332.576
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	€ 47.525.590

- Die Ergebnisrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	andere Ergebnisrücklagen
	€	€
Stand 01.01.2002	187.132.828	187.644.120
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	15.338.757	15.338.757
Einstellungen aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	0	0
Entnahmen	0	0
Stand 31.12.2002	202.471.585	202.982.877

- Dem haftenden Eigenkapital per 31.12.2002 wurden gemäß § 10 Abs. 4a KWG nicht realisierte Reserven in Höhe von € 10.236.779 zugerechnet.

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31.12.2002 auf € 51.635 Mio. (Vorjahr: € 53.372 Mio.). Darin enthalten sind folgende Geschäftsarten:

Zinsswaps
 Zins-/Währungsswaps
 Währungsswaps
 Caps
 Swap-Optionen
 Forward Rate Agreements
 Devisentermingeschäfte
 Index-Optionen.

Diese Termingeschäfte mit Zins-, Wechselkurs- und Marktpreisschwankungen werden nahezu ausschließlich zur Deckung von Positionen abgeschlossen.

Nachstehend sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumina ausgewiesen, die aber nicht mit dem Ausfallrisikobetrag gleichgesetzt werden dürfen.

in Mio. €	Nominalwert		Marktwert		Kreditäquivalent	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Zinsrisiken						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	25.831	22.994	161	109	162	58
- 1 bis 5 Jahre	15.959	21.968	381	236	425	301
- über 5 Jahre	8.020	6.756	213	189	328	287
	49.810	51.718	755	534	915	646
Währungsrisiken						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	898	684	18	15	23	22
- 1 bis 5 Jahre	812	770	27	108	68	146
- über 5 Jahre	0	36	0	4	0	7
	1.710	1.490	45	127	91	175
Aktien u. so. Preisrisiken						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	101	122	2	2	7	8
- 1 bis 5 Jahre	14	42	0	0	1	3
- über 5 Jahre	0	0	0	0	0	0
	115	164	2	2	8	11
Summe - insgesamt -	51.635	53.372	802	663	1.014	832

Der nominelle Betrag der dem Handelsbestand zugeordneten Derivaten beträgt zum 31.12.2002 € 20.454 Mio., mit einem Marktwert von € 93 Mio. und einem Kreditäquivalent von € 94 Mio.

• Von den Verbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.969.516.664

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Die Erträge der Bank wurden überwiegend im Inland erzielt.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf € 1.836.140, des Aufsichtsrats auf € 255.747 und der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen auf € 669.959.

- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2002 Pensionsrückstellungen in Höhe von € 8.316.085.

• Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für	€
Mitglieder des Vorstands	1.767.698
Mitglieder des Aufsichtsrats	14.252.777

- Im Geschäftsjahr wurden von Mitgliedern des Vorstands Mandate in Aufsichtsratsgremien folgender Kapitalgesellschaften i. S. d. § 267 (3) HGB wahrgenommen:

Treuhand Hannover GmbH, Steuerberatungsgesellschaft
 DAPO International Finance N. V., Amsterdam
 Deutsche Ärzteversicherung AG, Köln

- Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten, bestanden wie folgt:

Treuhand Hannover GmbH, Steuerberatungsgesellschaft
 DAPO International Finance N. V., Amsterdam

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von € 70.087.004.

Haftsummenverpflichtungen aus der Übernahme von Geschäftsanteilen	€
bei Genossenschaften	12.480.884
Garantieverpflichtung gegenüber der Sicherungseinrichtung des BVR	57.606.120

- Die Zahl der 2002 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	1.697	122
Gewerbliche Mitarbeiter	24	0
Gesamt	1.721	122

Außerdem wurden durchschnittlich 39 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen €
Anfang 2002	90.579	307.234	460.851.000
Zugang 2002	5.424	69.255	103.882.500
Abgang 2002	2.369	11.571	17.356.500
Ende 2002	93.634	364.918	547.377.000

	€
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	114.769.860
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	86.526.000
Höhe des Geschäftsanteils € 1.500,-, Höhe der Haftsumme € 1.500,-	

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

RWGV
 Rheinisch-Westfälischer
 Genossenschaftsverband e. V.
 Mecklenbecker Straße 235-239
 48163 Münster

Mitglieder des Vorstands (Vor- und Zuname)

Werner Wimmer, *Bankvorstand, Sprecher*
Gerhard K. Girner, *Bankvorstand*
Jürgen Helf, *Bankvorstand*
Günther Herion, *Bankvorstand (ab 01.04.2003)*
Günter Preuß, *Bankvorstand*
Werner Albert Schuster, *Bankvorstand*

Mitglieder des Aufsichtsrats (Vor- und Zuname)

Dr. med. dent. Wilhelm Osing, *Vorsitzender, Zahnarzt*
Dr. med. Ulrich Oesingmann, *1. stv. Vorsitzender, Arzt*
Hermann Stefan Keller, *2. stv. Vorsitzender, Apotheker*
Dr. med. dent. Wilfried Beckmann (ab 14.06.2002), *Zahnarzt*
Wolfgang Fischer*, *Bankangestellter*
Hans-Günter Friese, *Apotheker*
Wolfgang Häck*, *Bankangestellter*
Norbert Hinke*, *Bankangestellter*
Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe (ab 14.06.2002), *Arzt*
Britta Jansen*, *Bankangestellte*
Dr. med. dent. Hans-Hermann Liepe, *Zahnarzt*
Dipl.-Stom. Peter Luthardt (bis 14.06.2002), *Zahnarzt*
Heidi Methner*, *Bankangestellte*

Gerhard Reichert, *Apotheker*
Dr. med. dent. Bernhard Reilmann, *Zahnarzt*
Dr. med. Manfred Richter-Reichhelm, *Arzt*
Dr. med. Wolf-Rüdiger Rudat, *Arzt*
SR Peter Saueremann, *Arzt*
Christian Scherer*, *Bankangestellter*
PhR Dr. rer. nat. Hartmut Schmall, *Apotheker*
Michael Sell*, *Bankangestellter*
Prof. Dr. med. Karsten Vilmar (bis 14.06.2002), *Arzt*
Heike Vocke*, *Bankangestellte*
Dr. med. Wolfgang Wesiack, *Arzt*
Dr. med. dent. Fritz-Josef Willmes, *Zahnarzt*
OPhR Dr. rer. nat. Helmut Wittig, *Apotheker*

* von den Arbeitnehmern gewählt

Düsseldorf, den 20. Februar 2003
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG
Der Vorstand

Wimmer

Girner

Helf

Preuß

Schuster

Bestätigungsvermerk:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, für das zum 31. Dezember 2002 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Genossenschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Genossenschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Genossenschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 30. Mai 2003

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Ermer, Wirtschaftsprüfer

ppa. Koschwitz, Wirtschaftsprüfer

Sichtbar kerngesund!



Zwischen- bericht

zum 30. Juni 2003

Deutsche Apotheker- und Ärztebank
Emanuel-Leutze-Straße 8
40547 Düsseldorf
Telefon 0211/59 98-0
www.apobank.de

 **Deutsche Apotheker-
und Ärztebank**

Bilanz zum 30. Juni 2003

Aktiva	30.6.2002	31.12.2002	30.6.2003
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Bankguthaben	2.284	1.603	1.343
Wertpapiere	4.385	5.279	5.476
Forderungen an Kunden	14.352	15.311	16.130
Anlagen und Beteiligungen	231	237	247
Sonstige Aktiva	489	468	633
Bilanzsumme	21.741	22.898	23.829
Passiva	30.6.2002	31.12.2002	30.6.2003
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.974	5.150	5.389
Kundeneinlagen (darunter Spareinlagen, Sparbriefe und Inhaberschuld- verschreibungen)	14.864 (6.238)	15.771 (7.012)	16.049 (6.957)
Eigenkapital/Sonstige Passiva nachrichtlich:	1.903	1.977	2.391
haftendes Eigenkapital	(1.595)	(1.868)	(1.993)
Bilanzsumme	21.741	22.898	23.829
Bürgschaften	227	255	265
Vergleich der GuV-Positionen	30.6.2002	31.12.2002	30.6.2003
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss	189	361	212
Provisionsüberschuss	37	80	39
Verwaltungsaufwand	-132	-268	-134
Sonstiges	-55	-114	-60
Jahresüberschuss	39	59	57

Vorstand:
Werner Wimmer, Sprecher · Gerhard K. Girner · Jürgen Helf · Günther Herion · Günter Preuß · Werner Albert Schuster

Die **Geschäftsentwicklung** der Deutschen Apotheker- und Ärztebank zeigte in den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 eine weiterhin erfreuliche Tendenz: Die Dynamik des Wachstums hielt an, und die Verbesserung der Ertragssituation setzte sich fort. Die Expansion wurde erneut durch die Inanspruchnahme des Know-hows in Finanzierungsfragen geprägt. Die Zahl der Kunden erhöhte sich während des ersten Halbjahres 2003 um 6.050 auf 254.250.

Die **Bilanzsumme** per 30. Juni 2003 erreichte 23,83 Milliarden Euro, ein Zuwachs gegenüber dem Jahresabschluss 2002 um 931 Millionen Euro beziehungsweise um 4,1 Prozent. Das hohe Niveau der Kreditnachfrage kommt im Anstieg der Forderungen an Kunden um 5,3 Prozent auf 16,13 Milliarden Euro zum Ausdruck. Neben den Darlehen im Rahmen der Existenzgründung wurde die Immobilienfinanzierung kräftig ausgeweitet. Die Kundeneinlagen standen bei einem Zuwachs um 1,8 Prozent mit 16,1 Milliarden Euro zu Buche.

Die **Ergebnisrechnung** spiegelt den seit Jahren anhaltenden Zugang neuer Kunden und die damit einhergehende Ausweitung des Kreditgeschäfts im Anstieg des Zinsüberschusses wider. Der Provisionsüberschuss lag trotz der nach wie vor bestehenden Zurückhaltung vieler Anleger leicht über dem Vorjahresniveau. Der Verwaltungsaufwand entwickelte sich im vorgegebenen Rahmen; während die Personalaufwendungen durch Neueinstellungen und tarifbedingte Gehaltsanhebungen höher als im Vorjahreszeitraum ausfielen, blieben die Sachaufwendungen in etwa konstant. Wenngleich die Ertragsentwicklung des zweiten Halbjahres aufgrund der Leitzinssenkung weniger ausgeprägt verlaufen dürfte als zuvor, wird für das Gesamtjahr erneut ein zufriedenstellendes Geschäftsergebnis erwartet.

Geschäftsgang und Aussichten

Bilanz zum 31. Dezember 2002

und Status zum 30. September 2003

	<u>30.09.2003</u>	<u>31.12.2002</u>
	- Mio. EUR -	
Aktiva		
1. Forderungen an Kreditinstitute	2.579	1.512
2. Wertpapiere (inkl. Schuldverschreibungen)	3.430	3.948
3. Forderungen an Kunden	16.272	15.311
4. Anlagen und Beteiligungen	1.584	1.567
davon:		
Sachanlagen	26	31
Beteiligungen	7	559
5. Sonstige Aktiva	713	560
Summe der Aktiva	<u>24.578</u> =====	<u>22.898</u> =====
Passiva		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.504	5.150
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern (inkl. Schuldverschreibungen).....	16.769	15.771
3. Gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklage	1.285	972
4. Genußrechtskapital	350	350
5. Sonstige Passiva	670	655
Summe der Passiva	<u>24.578</u> =====	<u>22.898</u> =====

Ertragslage der Deutschen Apotheker- und Ärztebank zum 30. September 2003

Die Ertragslage der Bank kann weiterhin als zufriedenstellend beurteilt werden, insbesondere unter Berücksichtigung unserer vielfältigen, für die Heilberufsangehörigen vorteilhaften Programme und Dienstleistungen.

Der Zinsüberschuß per 30.09.2003 beträgt 296,2 Mio. € (⁹/₁₂ 2002: 273,8 Mio. €).

Der Provisionsüberschuß per 30.09.2003 macht 58,2 Mio. € aus (⁹/₁₂ 2002: 57,5 Mio. €) und resultiert aus dem Wertpapiergeschäft und den Provisionen aus Dienstleistungen im Bereich der Vermittlung von Hypotheken und Versicherungen.

Der Verwaltungsaufwand per 30.09.2003 beläuft sich auf 190,2 Mio. € (⁹/₁₂ 2002: 198,5 Mio. €).

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge beträgt per 30.09.2002 165,9 Mio. € (⁹/₁₂ 2002: 135,6 Mio. €).

Die Steueraufwendungen entsprechen der Gewinnentwicklung.

Die positive Gesamtentwicklung der Bank setzt sich grundsätzlich fort, wobei sich die Zinseinnahmen (netto) in 2003 gegenüber dem Vorjahr erhöhten. Es wird erwartet, dass sich die Cost-Income-Ratio unter 60 % und die Risikovorsorge auf ähnlich niedrigem Niveau bewegen wird. Das Ergebnis vor Risikovorsorge für 2003 wird höher erwartet als in 2002. Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG rechnet im laufenden Jahr mit einer Fortsetzung des positiven Trends.

Düsseldorf, im Januar 2004

Deutsche Apotheker und Ärztebank eG

Aufgrund des vorstehenden Unternehmensberichts
sind

EUR 30.000.000,--

APO-Bank-Genuß-Scheine Tranche XV/03

von 2003/2013

WKN 804 099

der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG

zum Regelten Markt

an der Börse Düsseldorf zugelassen worden.

Düsseldorf, im Februar 2004

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG